

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Ernst Wittmann, Magdeburg. Verantwortlich für Anzeigen: August Fabian, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Baumbach u. Co., Magdeburg. Geschäftsstelle: Gr. Mühlstr. 3, Fernspr. 1867. Redaktion und Druckerei: Gr. Mühlstr. 3, Fernspr. für Redaktion 1794, für Druckerei 961.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Bringerlohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Per Kreuzband monatlich 70 Pf. Bei den Postämtern 2.25 extra. Westfälisch. Einzelne Nummern 5 Pf. Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. — Anzeigengebühren: die sechsgepaarte Zeile 15 Pf., andwärts 25 Pf., im Restamtteil Zeile 50 Pf. Post-Zeitungsliste Seite 291.

Nr. 247.

Magdeburg, Dienstag den 22. Oktober 1907.

18. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 10 Seiten einschließlich des Romans „Der Zusammenbruch“.

Bruder Arbeiter.

In Berlin tagt gegenwärtig der zweite „nationale Arbeiterkongress“, der seinen ersten Vorkläufer bekanntlich in Frankfurt hatte. Dieser Arbeiterkongress stellt ein buntes Gemisch der widerstrebendsten Interessen dar: Antisemitische Stöckerleute, katholische Zentrumsanhänger, deutsch-nationale Handlungsgehilfen, süddeutsche Staatsbeamtenvereine usw. Die Hirsch-Dunderfischen haben es abgesehen, sich vor den Ruhmeswagen Ehren-Stöckers spannen zu lassen, denn in Wirklichkeit handelt es sich um eine Sache, die von ihm und seinen eifrigen Trabanten ausgeht. Ist doch Herr Behrens, der Vielgeschäftige, Vorsitzender des „nationalen Arbeiterausschusses“ und gleichzeitig Präsident des Kongresses. Man behauptet, daß der Kongress bereits mehr als eine Million deutscher Arbeiter repräsentiere, die hier ihre Zusammenfassung gegen die Sozialdemokratie finde. Denn das ist das einzige Leitmotiv, das diese ganze Veranstaltung kennzeichnet: Hier soll ein Schutzwall gegen die sozialdemokratische Arbeiterchaft geschaffen werden; zum Schein werden auch „Interessen vertreten“, aber gleich betont, daß man andere Leute Interesse nicht antastet wolle.

So stellt sich die ganze Veranstaltung als ein ausgemachtes Satyrspiel dar. Und wer noch im geringsten an der Ernsthaftigkeit dieser Arbeiter-Veranstaltung glaubte, findet sich enttäuscht, wenn er hört, daß der Kongress „begrüßt“ wurde von dem Potsdamer Scharfmacher Pauli als Vertreter der konservativen, von Geheimrat Schwabach namens der nationalliberalen Fraktion, vom Allermeltmann Erzberger namens des Zentrums und schließlich von dem Liebermann namens der Wirtschaftlichen Vereinigung. Beim Zentrum ist ja das verständlich, da es noch auf große Arbeitermassen in seinen Kreisen angewiesen ist. Aber wenn die konservativen Junker und die nationalliberalen Scharfmacher dem „Bruder Arbeiter“ ihren Bruß entbieten und ihre Sympathien aussprechen, dann hat das ungefähr einen so komischen Beigeschmack, als wenn der vom Bund der Landwirte beschäftigte Liebermann von Sonnenberg die Proletariervereine an seine taube deutsche Männerbrust drückt.

Süddeisen ist dem „christlich-nationalen Arbeiterkongress“ eine noch viel größere Ehre widerfahren: „Kräfte, die nach aufwärts riehen“, hatten auch den früheren preussischen Polizeiminister und späteren Nachfolger Posadowsky, den Herrn von Bethmann-Sollweg, in diese Versammlung gebracht, wo er in Gemeinschaft mit einigen Geheimräten und dem preussischen Handelsminister die Regierung vertrat.

Ein seltsames Spiel des Zufalls brachte es mit sich, daß ungefähr zur gleichen Zeit, da die Potsdamer Regierung eine verstaubte Verfügung aus vormärzlicher Zeit herausfuchte, um die „nach aufwärts ziehenden Kräfte“ in der Arbeiterchaft auszuschalten, der Vertreter des Reichszentralers eine Ansprache an die Arbeiter hält, die, wenigstens dem Wortlaute nach, eine Verherrlichung der Arbeiterbestrebungen darstellt. Aus dieser immerhin interessanten Rede, die mit Reum und Über einerseits und andererseits die Arbeiterchaft über ihre wahren Interessen wegläutern soll, wollen wir doch einige markante Stellen hier festhalten. Von Bethmann sagte u. a. folgendes:

Seitdem Sie den ersten großen Kongress in Frankfurt a. M. veranstaltet haben, sind vier Jahre ins Land gegangen. In der Zwischenzeit hat das Streben nach korporativer Zusammenziehung weiter stark zugenommen, bei den Arbeitgebern sowohl wie bei den Arbeitnehmern. Und auch bei Ihnen sind die Zahlen Ihrer Mitglieder ganz bedeutend gewachsen. Ich freue mich dieser Entwicklung aufrichtig. Sie selbst bilden mit verständlichem Stolz auf die Vergrößerung Ihrer Bedeutung und Ihrer Macht. Aber auch hier gilt der Satz, daß je größer die Macht einer hat, um so höher seine Verantwortlichkeit liegt. (Zustimmung.) Gewiß ist es natürlich und voll berechtigt, daß Arbeiter sich zu Vereinigungen zusammen tun, weil der einzelne in dem wirtschaftlichen Betriebe unserer Zeit schwerer zu seinem Rechte kommt als in geschlossenen Vereinigungen. Gewiß ist es natürlich und berechtigt, daß solche Arbeiter-Vereinigungen nicht ihre Aufgabe darin erblicken, die Gesetze anderer zu bejahren, sondern daß sie der Arbeiter Wünsche vorbringen, indem sie mit allen Mitteln die wirtschaftliche, soziale und sittliche Wohlfahrt des Arbeiterstandes zu heben suchen. Das ist nicht nur Ihr Recht, das ist Ihre Pflicht. (Beifall.) Aber Sie werden mir auch ein weiteres zugeben. Wir Menschen, wir alle, welchem Stande wir auch angehören, unterliegen so leicht der Gefahr, Macht, die wir erlangt haben, zum Nachteil anderer auszunutzen. Die ganze Menschheits- und die ganze Weltgeschichte ist ein einziges Zeugnis davon, und auch die Koalitionen, die sich

auf wirtschaftlichem Gebiete gebildet haben, sind dieser Gefahr unterworfen.

Sich brauchen Sie, die Sie die Kämpfe, die Nöte und Sorgen des täglichen, häufig so mitteillosen Lebens ganz unmittelbar fühlen, nicht an Einzelheiten zu erinnern. Sie wissen selbst am besten, wie Terrorismus, von welcher Seite er auch kommen möge, nicht nur den moralischen Halt des Menschen vernichtet, sondern auch ganze wirtschaftliche Existenzen zu zerkrümmern geeignet ist. (Sehr wahr!) Die Waffen des rücksichtslosesten Zwanges mögen sich darbieten, wenn es gilt, einen Feind, einen Todfeind niederzuringen, zu vernichten. Aber liegt die Sache hier so? Freilich, die sozialdemokratische Bewegung meint es. Sie will alles, was ihrem Begehren nicht zu Willen ist, beseitigen und nieder-kämpfen, um dann diktatorisch ihre neue Ordnung der Dinge aufzurichten.

Sie befinden sich demgegenüber unzweifelhaft in einer schwierigen Lage. (Zustimmung.) Es ist jenseit leichter, Unzufriedenheit, Haß und Neid zu erregen, jenseit leichter, die Massen mit sich fortzureißen, wenn man ihnen vorfällt: alle andern Stände und Berufsstände sind im Unrecht, die Arbeiter sind die geschwornen Todfeinde des Arbeiters, die staatliche Ordnung, die dem einzelnen ja auch drückend fühlbar werden kann, tut nichts, als den Arbeiter entrechtet und ver-gewaltigen. Sie wollen mit andern Mitteln arbeiten, Sie wollen, wie einer der Ihrigen es bei der Eröffnung des Frankfurter Kongresses ausgedrückt hat, daß unter den deutschen Arbeitern wieder die vier Grundfehler ausgerichtet werden, die ihnen eine glückliche Zukunft sichern: Fleiß, Gottes-furcht, Mäßigkeit und Zufriedenheit. Das mag eine weniger zugängliche Parole sein als jene andre, und in den Kämpfen des wirtschaftlichen Lebens, in denen es hart auf hart geht, tut sich Ihnen wohl die Verjüngung auf, ob Sie es nicht jenen andern nachmachen, hinter ihnen nicht zurückbleiben sollen in dem Lufte der Forderungen und in der Rücksichtslosigkeit ihrer Vertretung. Ich würde es für ein schweres Verhängnis halten, wenn Sie dieser Verjüngung er-liegen. (Großer Beifall.) Es handelt sich nicht darum, ich brauche wieder Worte, die auf dem Frankfurter Kongress ge-sprochen worden sind, daß sich die Ihren Programms folgende Arbeiterchaft als Sturmhaufen gegen die Sozialdemo-kratie brauchen lassen solle, auch nicht darum, daß Sie eine schwächliche Sozialpolitik nach dem Motto treiben sollen, „Wahs mir den Rest, aber mach mich nicht na“. Nein, es handelt sich darum, daß Sie unter Festhalten am Vaterland, an der Treue zu Kaiser und Reich und an der von den Vätern überkommenen Religion für die Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiter entschlossen, aber gemeinsam mit den andern Gliedern unseres deutschen Volkes zusammen arbeiten wollen, daß Sie dieses Programm immer feier ausgehalten und bei ihm ansharren, unbestimmt um die Werbungen und Ver-lostungen von links her. (Großer Beifall.) Und glauben Sie nicht, daß Ihre Arbeit und Ihre Aufgaben an Größe und Bedeutung verloren, wenn Sie auch bei entschiedenster Betom-mung der eignen Interessen doch immer dessen eingedenk blei-ben, daß ein jeder Stand, und deshalb auch der Arbeiterstand, nur ein Glied des gemeinsamen Volkstörpers ist, daß nicht die Ausschaltung aller andern Interessen, sondern der billige Ausgleich einander entgegenstehender Interessen das Ziel ist. (Sehr richtig!) Im Gegenteil. Ich würde kaum eine größere Aufgabe der Gegenwart als diejenige, die mächtige Arbeiterbewegung unserer Tage einzuordnen in die bestehende Gesellschaft. (Beifall und Händeklatschen.) Wenn Sie sich dieser Aufgabe hingeben, dann sorgen Sie nicht nur für wirtschaftliches Gedeihen, für Ihre steigende Teilnahme an den Erzeugnissen der Kultur, an politischen Leben, sondern dann leisten Sie dem Vaterlande, dessen Kinder wir doch alle sind, den größten Dienst. (Beifall.) Die Art unserer zu-künftigen Entwicklung wird davon abhängen, ob die deutsche Arbeiterchaft gewillt ist, auf diesen Boden zu treten. Denken Sie dabei an den Geist, in dem unsre, in dem Ihre Jugend, die zukünftigen Träger unseres wirtschaftlichen und sozialen Lebens aufwachsen sollen. Das ist die Verantwortlichkeit, von der ich vorher sagte, daß Sie Ihnen obliegt. Nun werden Sie mir einwerfen, daß Sie diese Aufgabe nur lösen können, wenn Sie auf Gegenleistung rechnen dürfen. Gewiß. Gegenseitigkeit auf beiden, auf allen Seiten. (Beifall.) Ehr-licher Wille, sich gegenseitig zu verstehen, ehelicher Wille, die eignen Wünsche dem großen Ganzen anzupassen! Nur wenn solcher Wille bei der Arbeiterchaft und beim Unternehmertum in gleicher Weise lebt und sich betätigt, nur dann kann die Arbeit von Erfolg sein. (Lebhafter Beifall.) Und ich füge ein Drittes hinzu. Die Arbeit würde trotzdem vergeblich bleiben, wenn nicht auch die Staatsgewalt solchen ehrlichen Willen, wo immer er vorhanden ist, tatkraftig unterstützt, alles aber, was ihm zuwiderhandelt, mit Entschiedenheit be-kämpft. (Großer Beifall.)

Der Staatssekretär führte dann noch weiter aus, daß der Bundesrat sich bereits mit einem Reichs-Verzins-gesetz und mit einem noch von Posadowsky herrührenden Entwurf bezüglich der Höchsttarifzeitigkeit von Frauen und zur Regelung der Heimarbeit beschäftigte und daß eine Vorlage betr. die Arbeitskammern in Vorbereitung sei.

Davon, daß die Regierung eine Vorlage über die unbedingte Sicherheit der Koalitionsfreiheit vor-bereite, sagte Herr von Bethmann nichts. Trotzdem aber bereitete ihm der Kongress von Arbeitervertretern stürmische Obationen. Man sieht daraus, wie bescheiden die Veranstalter dieser christlich-nationalen Arbeitertagung sind.

Der Eröffnungstag des Kongresses brachte weiter nichts Neues, als daß Herr Behrens schließlich die vom „nationalen Ausschuss“ gegen die Sozialdemokratie unternommenen

Schritte aufzählte. Ueber die weiteren Verhandlungen werden wir berichten, soweit sie für die Arbeiterchaft auch nur einiges Interesse bieten sollten. —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 21. Oktober 1907.

Zurück zur Dummheit!

Zur selben Zeit, da der Liberalismus als Lohn seiner Regierungstreue einen Geschenktwurf erwartet, der angeblich das Vereins- und Versammlungsweesen des Reiches auf „liberale Grundlage“ stellen soll, hat die eine preußische Verwaltungsbehörde gegen die Vereinsfreiheit der Arbeiter einen Schlag geführt, der an Ungeheuerlichkeit und kultureller Rücksichtslosigkeit von keinem zartischen Ukas über-boten werden kann.

An der Arbeiterbildungsschule in Potsdam sollte am letzten Freitag ein Vortragszyklus des Genossen Kapenstein über deutsches Reichs- und Landesverfassungsrecht seinen Anfang nehmen. Die Potsdamer Regierung, Abteilung für Kirchen- und Schulwesen, verbot diese Vorträge unter Androhung einer Strafe von 100 Mark für jede begonnene Stunde erteilten Unterrichts und begründete diesen Akt mit folgendem Satze:

„Zu einer solchen Unterrichtserteilung bedarf es der schulaufsichtlichen Genehmigung nach der Kabinettsorder vom 10. Juni 1834 in Verbindung mit der Staatsministerialinstruktion vom 31. Dezember 1839.“

Die Kabinettsorder aus vormärzlicher Zeit erhebt sich triumphierend über die preussische Verfassung, deren Artikel lautet: „Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei“, über das Vereins- und Versammlungsrecht, über die neuzeitlichen Grundgesetze des Reichs und des Staats. Kein Zweifel: es handelt sich um den Versuch, das aufblühende Bildungsweesen der Arbeiterchaft radikal zu zerstören. Die Arbeiter-schule von Potsdam ist nur das Versuchskaninchen, das Ziel des Experiments aber ist die Zertrimmerung der Parteischule und die Unterbindung aller systematischen Aufklärungsarbeit innerhalb der Arbeiterchaft.

Der Grundsatz, daß Unterrichtskurse der Genehmigung durch die Behörde bedürfen, ist bisher immer nur so aufgefaßt und gehandhabt worden, daß die Erteilung von Unterricht an schulpflichtige Kinder konzeptionspflichtig sei. Vereinen erwachsener Leute ist aber bisher noch niemals das Recht bestritten worden, Vortragszyklen, in denen wissenschaftliche Fragen behandelt werden, zu veranstalten.

Eine preussische Provinzialregierung hat diese Auf-fassung in rückschrittlichem Sinne revidiert, ebenso wie der Oberreichsanwalt Olshausen seinen Kommentar zum Hochverrats-Paragrafen revidiert hat. Der Prozeß gegen Genossen Liebknecht, der Eingriff in die Parteischule, jetzt der Vorstoß gegen die Potsdamer Arbeiterbildungsschule — sie alle sind nur Glieder derselben Erscheinungsreihe, Ver-juche, die alle auf denselben Zweck gerichtet sind, nämlich das Sozialistengefetz im Verwaltungswege wieder einzuführen. Am Ende wird man noch darauf kommen — und wie weit ist man noch davon? —, daß auch die politische Agitation eine Art von Unter-richt sei, und daß niemand in einer öffentlichen oder ge-schlossenen Versammlung reden dürfe, ohne die obrigkeitliche Erlaubnis dazu zu besitzen. Wir haben es herrlich weit gebracht unter der Herrschaft der konservativ-liberalen Paarung!

Was sagen unsre Intellektuellen zu diesem Streich gegen die Volksbildung, gegen die Freiheit der Wissenschaft? Wie wird sich die liberale Block-pressen zu diesem Versuch stellen, das künftige Reichsvereinsgefetz auf dem Verwaltungswege gleichsam schon als Kind im Mutterleibe zu ersticken? Aber ist das überhaupt noch eine Frage? In stumpfsinnigem Gleichmut sieht das deutsche Bürgertum, von wenigen rühmlichen Ausnahmen abgesehen, auf die systematische Arbeit der Zerstörung, die das regierende Junkertum an allen idealen Gütern der Kultur, an allen Freiheiten und Rechten des Volkes ver-richtet. Handelt es sich doch zunächst nur um Sozial-demokraten! Und packt die Polizeifaut auch gelegent-lich liberale Perze, liberale Regner, liberale Geistliche, dann entringt sich der freisinnigen Männerbrust höchstens gelegentlich ein untertäniges Wimmern.

Kein liberales Blatt wagt es, sich eines zu Unrecht verfolgten Sozialdemokraten anzunehmen, um nicht in den

Verdacht zu geraten, mit der Sozialdemokratie zu sympathisieren und die ganze konservativ-nationalliberal-freisinnige Meute gegen sich aufzubringen. Wir stehen unter der Schreckensherrschaft der wahrhaft preussischen Leute, des schwarzen Hunderts um Liebert!

Ein nationalliberaler Held.

In einer Verleumdungsklage des Reichs- und Landtags-abgeordneten Geld gegen den Redakteur Langwost in Hannover und Kaufmann Dr. Krüger wurden die beiden Angeklagten von der Anklage der Verleumdung freigesprochen. Sie hatten im Wahlkampf dem Abgeordneten Geld betrügerische Manipulationen im Geschäftsverkehr mit Verlinde sowie Erpressung und Wucher zum Wortbruch gemacht. Geld wurde im Widerklageverfahren wegen Verleumdung der beiden Angeklagten in fünf Fällen zu 300 Mark Geldstrafe oder 30 Tagen Gefängnis verurteilt. Den Verleumdigten wurde Veröffentlichungsbefugnis erteilt. Den Angeklagten wurde in vollem Maße der Schutz des § 193 zugestanden. In dem Urteil stellt das Gericht fest, daß die Anschuldigungen gegen Geld vollständig erwiesen waren.

Geld vertritt seit 1903 den Wahlkreis Verden. Seit 1898 ist er als Kollege Leidigs im Zentralvorstand der nationalliberalen Partei.

Die „nationale“ und insbesondere die nationalliberale Presse weiß nicht genug Worte der Entrüstung zu finden, wenn ein armer Schlucker das Vertrauen seiner Kollegen mißbraucht und einige Mark unterschlägt. Dieselbe nationale Presse aber hatte nichts dagegen einzuwenden, daß dieser Geld wiederum als Vertreter des „nationalen Gedankens“ in den Reichstag zog — trotzdem seine Geldtaten schon lange vor der Wahl bekannt geworden waren.

Ein richtiges Blodgeschäft.

Die „Konservative Korrespondenz“ schreibt:

In der Presse begegnet man neuerdings mehrfach der Meinung, die königliche Staatsregierung könne auf die vorbestehende Zustimmung der konservativen Fraktion des Abgeordnetenhauses rechnen, wenn sie dem demnächst zusammentretenden Landtag eine Vorlage unterbreite, die der Untertanenfürsorge ein Enteignungsrecht in den polnischen Landesteilen beilege.

Wir wissen nicht, auf welche Informationen sich diese Auffassung stützt. Unseres Erachtens überlegt sie, daß die Konservativen, entsprechend ihren Grundanschauungen, große Bedenken gegen einen Eingriff in eines der vornehmsten, durch die Staatsordnung gewährleisteten Rechte, die Unverletzlichkeit des Eigentums, hegen müssen. Es müßte unseres Erachtens, ehe eine solche Maßnahme erzwungen werden könnte, ganz abgesehen von zahlreichen anderweitigen, mit der schwierigen Frage zusammenhängenden präjudiziellen Bedenken, doch auch der Nachweis erbracht sein, daß man gewillt ist, andere wirksame und weniger heftige Sicherungsmittel staatlicher Interessen über jenen Gedanken nicht zu übersehen.

Bevor die Absichten der Staatsregierung übrigens nicht in greifbarer Form vorliegen, halten wir überhaupt Maßregeln über die Stellung unserer Partei für verfrucht.

Die Junker betrachten die Teilnahme am Kampfe gegen ihre polnischen Landesgenossen als ein Zugeständnis, das sie dem Liberalismus, wenigstens dem Nationalliberalismus machen, und fordern als Gegengabe die Zustimmung der Liberalen zu andern reaktionären Besetzen. Das „liberale“ Enteignungsrecht soll kompensiert werden durch konservative Ausnahmengesetze. Das ist das richtige Blodgeschäft.

Ein kleiner Fortschritt?

Aus Sachjen-Meinungen wird der Magdeburger „Volksstimme“ geschrieben:

Ein Teil der bürgerlichen Presse hat dieser Tage die Nachricht in die Welt hinausposaunt, die meinungsjüchtige Staatsregierung habe dem Landtag ein neues Volksschulgesetz vorgelegt, in dem die Trennung der Schule von der Kirche borgezeichnet sei. Wer die meinungsjüchtige Regierungspolitik kennt, muß hierzu den Kopf schütteln, und geht, nach Einsichtnahme in den Gesetzentwurf, stellt es sich heraus, daß man unserer Regierung wieder einmal wieder „Liberalität“ angebietet hat, wahrscheinlich in der Absicht, die in letzter Zeit so zahlreich begangenen reaktionären Sünden der meinungsjüchtigen Staatsräuber zu machen.

Kurzum ist nur, daß dem am 5. November zusammentretenden Landtag ein neues Volksschulgesetz vorgelegt wird, das in mehreren Punkten eine zeitgemäßere Fassung enthält, als das bisherige vom 22. März 1875 stammende Gesetz. Insbesondere ist man in dem Entwurf den Wünschen der Lehrerenschaft mehr als früher Rücksicht entgegenkommen. Das trifft zu in Bezug auf die Trennung der kirchlichen Verpflichtungen vom Schullehreramt und auf den Wegfall der besonderen Bescheinigung des Religionsunterrichts durch den Ordentlichen. Mit beiden Forderungen der Lehrerenschaft hatte sich schon im Oktober 1906 die Landesversammlung, doch wurde nur die erste Forderung abgelehnt, während die zweite mit Einstimmigkeit abgelehnt und der Regierung zur Regelung überlassen wurde. Die Regierung hat nun den Auftrag, daß man ihr hier die freie Entschiedenheit über, damit, was in dem neuen Gesetzentwurf zu bestimmen, daß die Aufsicht über den Religionsunterricht durch den Geistlichen in Zukunft wegfallen und nur noch durch den Kreisrat ausgeübt werden soll. So sieht also im Sinne der Wahrheit die Trennung der Kirche von der Schule aus.

Im übrigen ist von dem wenigen wirklich Fortschrittlichen, was der Entwurf bringt, nur noch die Bestimmung zu erwähnen, die von der Regelung der Höchstanzahl einer Klasse handelt. Es wird da bestimmt, daß die Zahl der in einer Klasse gleichzeitig und zusammen zu unterrichten Kinder in der Regel 60 nicht übersteigen darf (in den Städten darf das jedoch bereits 60) und einem Lehrer sollen in der Regel nicht über 80 Kinder (höchstens 120) zum Unterricht in getrennten Unterrichtsabschnitten werden. In dieser Beziehung sah es eben im „liberalen“ Meinungen manchmal noch aus wie in Äthiopien. Auch hat am 15. Oktober 1906 Staatsrat Lamm im Landtag gegeben, daß es im Herzogtum noch 40 einklassige Schulen mit über 80 Kindern, und zwar 8 mit über 100, 8 mit über 90 und 24 mit über

80 Kindern gab; außerdem waren in mehrklassigen Schulen 23 mit mehr als 80 Kindern vorhanden, und zwar 9 mit über 100, 8 mit über 90, 6 mit über 80 Kindern. Solche Zustände lassen es doch nur als selbstverständlich erscheinen, daß man an ihre Beilegung denkt.

Neu ist noch die künftige Zusammenlegung des Schulvorstandes, dem in den Städten fünf Personen auf je drei Jahre zugelegt werden sollen, die vom Gemeinderat aus der Zahl der Väter von Schülkindern zu wählen sind. Aber die durch das Bezirks-Klassenwahlrecht siebenmal gestiebtene Gemeindevorstellungen werden schon dafür sorgen, daß Leute mit vernünftigen zeitgemäßen und gar sozialdemokratischen Anschauungen die Schulvorstände nicht berseuchen.

Die Orthodoxen werden im Landtag noch ihr möglichstes tun, um das wenige ihnen nicht in den Kramp Passende wieder zu beiseiten, so daß, wenn das neue Volksschulgesetz in Kraft treten wird, der alte Geist in frischlackierter Form ihm dennoch inneohnt.

Soldatenqualen vor dem Parlament.

Das österreichische Abgeordnetenhaus verhandelte am Freitag den sozialistischen Dringlichkeitsantrag wegen zweier Soldaten selbstmorde infolge Mißhandlungen. Als der Landesverteidigungsminister die Verurteilung der Schuldigen dem Parlament bekanntgab, waren diese schon begnadigt. Abg. Nezel erblüht darin eine Verhöhnung des Parlamentes. Die Mißhandlung der Soldaten liege an dem System. Weiter führte er aus: „Unserm Offizier ist der Soldat kein Mensch, sondern nur Material. Durch die Dienstvorschriften wird den Offizieren eine verwerfliche Pflicht auferlegt, daß der Unruhgewone einfach schutz- und wechlos ist. Der Offizier läßt sich bei seinen Maßnahmen nicht von pädagogischer Einsicht, sondern lediglich von seinen Launen leiten.“

Abg. Fernerstorfer ruft: Sadisten! Abg. Nezel fährt fort: „Es ist auch bekannt, daß die letzten Tage des Monats, wenn die Offiziere kein Geld mehr haben und daher in den Kasernen bleiben müssen, für die Mannschaften am schwersten zu ertragen sind. Da werden die Leute maßlos herumgehöhelt und geschunden.“ (Rufe bei den Sozialdemokraten: Der Schlag ist Selbstmord!)

Abg. Nezel: Die Unteroffiziere sind leider nicht immer die intelligentesten Elemente. Die wirklich intelligenten werden bei den Beförderungen übergangen. Ernannt werden diejenigen, die sich durch hündische Ergebenheit auszeichnen. Das sind Leute, die jeig gegen jeden Vorgesetzten sind, aber ihre Untergebenen prügeln und schänden.“ (Rufe bei den Sozialdemokraten: Solche Unteroffiziere will man ja; die gelten als die besten!)

Abg. Nezel: Bei dem Dragoner-Regiment Nr. 4 wurde ein etwas angeheiterter Soldat während einer Nachübung von Kadetten vom Pferde heruntergerissen.“

Abg. Güger: „Den Menschen hätten sie doch gleich erschlagen sollen!“

Abg. Nezel: „Der Dragoner erlitt infolge der mangelhaften Behandlung Tothjanzankfälle. (Große Umrufe.) Beim Rapport erklärte der Kommandant: „Die Leute müssen so weit gebracht werden, daß Insubordination ausgeschlossen ist, und wenn sie alle die Lungen schwindsucht kriegen!“

Abg. Güger: „Nennen Sie Namen, der Mann kann ja am Ende noch Landesverteidigungsminister werden!“ Abg. Nezel: „Der Kommandant hatte den Mut, den Soldaten beim Rapport zu erklären: „Sagen Sie das nur den Zeitungsjournalisten und dem Parlament, ich fürchte mich nicht!“ (Zwischenrufe: Unerhörte Frechheit!)

Abg. Nezel: „Es ist ja jetzt gekommen, daß die Soldaten den Krieg wünschen, um ihre schmerzhaften Gewehre gegen ihre Feinde zu richten. Die besten Truppen waren immer die, die kein Stroh berührt hat. Die „geprüften“ Soldaten haben Solferino und Königgrätz kennengelernt.“

Landesverteidigungsminister Latjcher erklärt: Weder ich noch dem Kriegsminister war, als er die Interpellation beantwortete, die Begnadigung bekannt. Im Kriegsministerium werde eine Änderung des Wehrverordnungs vorbereitet. Der Minister wendet sich unterständlichen Unterbrechungen seitens der Sozialisten gegen die Behauptung, daß die Soldaten den Krieg herbeiwünschen, um ihre Offiziere zu erschlagen.

Abg. Schummeier: „Deshalb bracht es bei den Manövern so hart!“

Minister Latjcher: Es kann wohl leider Leute geben, die solche verbrecherischen Bemerkungen sagen. (Abg. Schummeier ruft: Nochehr!) Latjcher lächelt unter Lärm der Sozialisten. Der kaiserlich-königliche Abg. Kanjatz erzählt einen Vorfall in Wien, wo zwei Marinejäger unmittelbar dem Kaiser auf offener Straße ein Blutgericht mit Schwerden überreichten. In einem von beiden sei auf einem Kriegsschiff von einem Vorgesetzten ein Selbstmordversuch versucht worden, wodurch er in seiner Gesundheit schwer geschädigt sei. Abg. Graf Sternberg: „Die Arme hat die Pflicht, das Volk gegen die äußeren Feinde zu schützen. (Heiterkeit.) Solche Volkserzähler und Volksausbeuter wie die Sozialdemokraten gehören an den Galgen.“ Es kommt zu großen Skandalen zwischen Sternberg und den Sozialisten. Abg. Sternberg ruft dem Abg. Seliger zu: „Halten Sie Ihr Schweinehundemaul!“ Abg. Beer: „Das ist gräßliche Erziehung.“ Abg. Sternberg schreibt: „Schummeier ist ein Schweinehund. Am anworte ich, wie man einem Schweinehund antwortet.“ Abg. Beer: „Der Lognet wir!“ Der wüste Lärm endet jenseitig. Abgeordnete Sternberg erteilt dem Abg. Sternberg und Schummeier, der die bekannte Aufforderung aus Göts von Verhörungen während des Lärmes an Sternberg gerichtet haben soll, Ordnungsrufe.

Abg. Schummeier erklärt: „Ein Minister, der im Hause die Volkserziehung so bloßgestellt hat, darf nicht mehr in den Saal.“ Die Minister des Abg. Kanjatz erklären bei den Sozialisten. Der Dringlichkeitsantrag wird einstimmig angenommen.

Aus der Parteibewegung.

500 Mark Geldstrafe soll Genosse Redakteur Leopoldi vom „Volksblatt“ in Halle nach einem Bericht der Zivilkammer des Landesgerichts zahlen, weil er es an eine gegen ihn in einer Postbotenangelegenheit erteilte Verfügung eine Bemerkung geknüpft haben soll.

Ein sozialdemokratischer Bezirksstag des Regierungsbezirks Merseburg, auf dem jeden Wahlkreis vertreten waren, und ein händliches Bewusstseins der Bewegung konstituiert wurde, fand am Sonntag im „Volkspart“ in Halle statt. Während aber vor 4 Wochen die Delegierten die Sonntagserversammlung verweigert, ließ sie diesmal „ohne Überredung“ gegen. — Wie es steht, bald so, bald so.

Sozialdemokratische Kommunal-Konferenzen. Im Volksblatt zu Stralsund sind diese Tage eine Konferenz sozialdemokratischer Gemeindevertreter, die den Zweck hatte, sozialdemokratische Kommunal-Konferenzen zu einer dauernden Einrichtung zu machen. Solche Konferenzen sollen vor allem dazu dienen, namentlich Gemeindevorstände der Art zu geben, eine der sozialdemokratischen Grundfähigkeiten entsprechende Kommunalpolitik zu betreiben. Gegenwärtig gibt es im Ostpreußen 65 bis 70 sozialdemokratische Gemeindevertreter; genau in dieser Zahl nicht ungenügend. Die Konferenz beschloß, daß der Parteivorstand in Zukunft werden soll, Aufstellung darüber zu schaffen. Wird die in bezug auf die Arbeitsmethode ganzschöne Reform endlich durchgeleitet und durchgeführt, so kann die Sozialdemokratie damit rechnen,

daß die Zahl ihrer Vertreter in den Gemeinderäten sehr bald auf 700 bis 800 steigt. Um so mehr muß natürlich dafür gesorgt werden, daß überall Parteigenossen vorhanden sind, die sowohl über gründliche Kenntnisse der kommunalen Angelegenheiten wie des Parteiprogramms verfügen.

Der Kongress der sozialdemokratischen Gemeindevertreter Hollands fand am 12. und 13. Oktober zu Amsterdham statt. Der Genosse Wieggen erwählte in seinem Jahresberichte die Erfolge der letzten Kommunalwahlen. Vor einem Jahre hatte die Partei nur 43 Gemeindevertreter, jetzt sind es über 100, und zwar in der Provinz Friesland 23, in Groningen 18, in Drenthe 2, in Oberijssel 17, in Gelderland 8, in Utrecht 1, in Nordholland 16, in Südholland 8, in Zeeland 1 und in Nordbrabant sind es 2. Es sind im ganzen 53 Gemeinden, wo Sozialdemokraten im Rate sitzen, und in einer Gemeinde, in Haar, haben sie die Mehrheit der Mandate. — „De Gemeente“, das Organ der Vereinigung sozialdemokratischer Gemeindevorstände, zählt jetzt 324 Abonnenten. Die Vereinigung hat ein Informationsbureau für die Gemeindevertreter errichtet, das nun, um den größern und höhern Ansprüchen zu genügen, weiter ausgebaut werden soll. Zum Sekretär dieses Bureau wählte der Kongress den Genossen Wikant. Zur Unterstützung der Tätigkeit des Bureau soll der Sozialdemokratische Studienklub herangezogen werden. — Zum Vorsitzenden der Vereinigung wurde an Stelle des verstorbenen Genossen Taf der Genosse Wieggen gewählt.

Nach Erledigung dieser Angelegenheiten wurden Vorträge gehalten und Diskussionen gepflogen über die Aufgaben der sozialdemokratischen Gemeindevertreter, über Rechte und Pflichten der Gemeindevorstände und über das Wesen der Gemeindefiskus. Dieser Teil des Kongresses diente hauptsächlich der gegenseitigen weiteren Aufklärung und Förderung für den Kampf der Vertreter der Arbeiterchaft in den Gemeinderäten.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 21. Oktober 1907.

Gegen einen Menschenwürger.

Die städtische Gesundheitskommission hielt am Freitag eine mehrtägige Sitzung ab, in welcher sie sich mit einer vom Genossen Brandes in einer früheren Sitzung angeregten, für die Bevölkerung Magdeburgs äußerst wichtigen Frage beschäftigte: „Wie schützen wir uns vor der Tuberkulose?“ Der Vortragende, Geh. Medizinalrat Professor Dr. Unverricht, konnte die Bedeutung der Frage gewiß nicht treffender veranschaulichen, als durch drei Zahlen gleich zu Beginn seines Vortrags: 100 000 sterben jährlich in Deutschland an Tuberkulose, 200 000 befinden sich in Krankenhäusern und 800 000 an Tuberkulose Erkrankte gibt es sonst noch. Welch ungeheurer Verlust an Volkskapital! Der Referent erklärte sich auf Wunsch der Gesundheitskommission bereit, seinen Vortrag noch einmal vor sämtlichen Mitgliedern der Unterkommission der städtischen Gesundheitskommission zu halten.

Aus den interessanten Ausführungen seien heute nur die Vorschläge mitgeteilt, welche zur Bekämpfung der Tuberkulose gemacht wurden. Herr Professor Unverricht erklärte, daß die Heilkräuterbewegung wohl gut sei, daß aber in letzter Zeit die Verhinderung der Erkrankung an Tuberkulose mehr in Angriff genommen werde. Die Infektion erfolge durch Übertragung. Da nun durch Staub die Übertragung am leichtesten geschehe, müsse auf die Bekämpfung der Staubentwicklung sowohl auf den Straßen wie auch in den Fabriken und in den Schulen hingewirkt werden. Im ersten Falle habe eine wirksame Straßensprengung bzw. Straßeneinreinigung zu geschehen; im zweiten und dritten Falle dürfe die Reinigung der Räume und Werkstätten nicht vor oder während der Beschäftigungsstunden, sondern nach Schluß derselben geschehen. Ein häufiges feuchtes Auswischen der Fußböden sei notwendig, vor allem auch die Aufstellung von Spucknapfen, die mit Wasser oder Sägespänen gefüllt, rechtzeitig gereinigt würden. Von großer Bedeutung sei ferner eine ausreichende Wohnungs- und Hygiene und die Schaffung eines Wohnungsgesetzes. Die Krankenhäuser müßten Isolierzimmer für Tuberkulose aufweisen. Erstentschiedener sei ein Erlaß des Reichskanzlers der Behörden auf, bei Konzeptionserteilung diese Bedingung zu stellen. Weiter sei die Einführung der Meldepflicht dringend notwendig mit ev. zwangsvoller Ueberführung des Erkrankten in das Krankenhaus und kostenloser Desinfektion der Räume. Hervorzuheben müßte die Krankenkassen sein, die besonders viel auch in der Befragung der Mitglieder tun können und teilweise auch getan haben; weiter empfehle sich auch, die Bezirksärzte zu unterstützen öffentlichen Vorträgen in ihren Bezirken heranzuziehen.

Großes Gewicht legte Herr Professor Unverricht auf die Errichtung einer Fürsorgestelle als Zentralinstanz, wie sie 80 deutsche Städte bereits haben, von welcher aus die Bekämpfung der Tuberkulose systematisch zu geschehen habe. Einem geschäftsführenden Vorstande, welcher für die Aufbringung der Mittel zu sorgen habe, müßten an solcher Stelle ein Arzt und eine entsprechende Anzahl Krankenschwestern zur Seite stehen. Nicht die ärztliche Behandlung der Kranken habe in der Fürsorgestelle zu geschehen, wohl aber sollten die Untersuchungen bakteriologische ev. auch solche mit Röntgenstrahlen, hier vorgenommen werden, weiter aber jede Kurat und Befragung erteilt, die Wohnung in der Umgebung der Kranken aufgesucht und ev. auf Kosten der Fürsorgestelle das Notwendige, z. B. Mitzumieten eines Zimmers zur Wohnung für den Kranken u. dgl., veranlaßt werden.

Die Aufbringung der Mittel müßte durch die Landesversicherungsanstalt und die Stadt, die beide sehr interessiert seien, jenseitig aber auch durch den Verein zur Bekämpfung der Tuberkulose und private Wohltätigkeit erfolgen. Auch die Errichtung eines Tuberkulose-Museums sei sehr zweckmäßig.

Nachdem der Vorsitzende, Stadtrat Scholz, dem Vortragenden den wohlverdienten Dank der Gesundheitskommission ausgesprochen hatte, legte eine lebhafteste Diskussion ein, welche das Ergebnis zeitigte, daß dem Magistrat Wünsche bezüglich der Straßeneinreinigung mitgeteilt werden sollen, im übrigen aber die Beschlußfassung der Gesundheitskommission erst in nächster Sitzung erfolgen soll. —

— Die Zahl der **Gewerbeberufswähler** ist für den ganzen Stadtbezirk noch nicht festgestellt. In den Stadtteilen Buda und Sudenburg ist kurz vor dem am Samstag nachmittags 2 Uhr erfolgten Abbruch der Wählerliste noch eine so große Zahl von Eintragungen in die Liste verlangt worden, daß für diese beiden Stadtteile die Zahl der Wähler noch nicht festgestellt werden konnte. In die Altstadt sind 3750 Arbeitnehmer und 210 Arbeitgeber und in die Neustadt 4275 Arbeitnehmer und 193 Arbeitgeber eingetragen worden. —

— **Zuckerbäcker und Polizei-Präsidium.** Ueber eine d. Sonnabend Nachmittagens Schöffengerichtsverhandlung erhalten wir folgenden Bericht: Der Zuckerbäcker Heinrich Heitkamp hier geboren 1854, ließ im März d. J. eine von ihm verfaßte Brotschüre herstellen,

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 21. Oktober 1907.

Achtung, Kaufmannsgerichtswähler!

Wer am Tage der Wahl, 16. November, sein Wahlrecht ausüben will, muß rechtzeitig dafür sorgen, daß sein Name in die Wählerliste eingetragen ist.

Die Eintragung kann nur bis zum 28. Oktober bewirkt werden.

Die Bescheinigungen, welche zur Eintragung in die Liste erforderlich sind, können vom Arbeiterssekretariat, Fürstenufer 6 I, bezogen werden.

Außerdem sind sie an folgenden Stellen zu haben:

Altstadt: Heinrich Tietzsch, Große Münzstraße 3 (Expedition der „Volksstimme“), Paul Geißler, Bismarckstraße 7,

Neue Altstadt: Heinrich Fressino, Morgenstraße 53,

Altstadt: August Müller, Salzwedler Straße 3, v. I.,

Wilhelmstadt: P. Bach, Annastraße 24,

Sudenburg: Karl Martini, Langer Weg 43 II,

Ducan: Ernst Richter, Lagerhüter, Nordertstraße 1.

Die ausgefüllten Bescheinigungen müssen dem Chef zur Unterschrift oder Abstemplung vorgelegt werden. Die Wähler, welche keine Zeit haben, können die Scheine dann den oben bezeichneten Personen zur Eintragung übergeben. Diese veranlassen dann die Eintragung und händigen sie den Wählern danach wieder aus, weil sie am Tage der Wahl als Legitimation dienen.

Kaufmannsgerichtswähler! Wer nicht in die Wählerliste eingetragen ist, kann nicht wählen. Sorgt daher für pünktliche Beschaffung der Bescheinigungen und rechtzeitige Eintragung in die Listen!

Betriebsversammlungen sind nicht anmeldspflichtig!

So entschied am Donnerstag vormittag das Schöffengericht in der Altstadt in der Strafsache gegen die Gewerkschaftsbeamten Karl Hoffmann und Louis Kauffuß hier wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes. Der Sachverhalt ist folgender: Am 23. Juli d. J., abends 6 Uhr, fand im „Weißen Hirschen“ in der Altstadt eine Versammlung der Arbeiter der Obersächsischen Metallwerke statt, um gegen einige Maßnahmen der Firma, wegen angeblich ungerechtfertigter Entlassung eines Arbeiters u. a. Stellung zu nehmen. Einberufen war die Versammlung von einigen Arbeitern der Fabrik. Da es nicht ausgeschlossen war, daß auch die Interessen der dort beschäftigten Schmiede zur Sprache kommen würden, nahm der Gewerkschaftsbeamte derselben, Kauffuß, neben dem Beamten Karl Hoffmann vom Deutschen Metallarbeiter-Verein an der Versammlung teil.

Von irgendeiner Seite erhielt das Polizeirevier in der Altstadt einen der Zettel zugeführt, wie sie zur Einladung der Arbeiter zu der bevorstehenden Versammlung benutzt worden waren. Der Schutzmann Wialy wurde nun beauftragt, zu erkunden, ob die Versammlung eine anmeldspflichtige und mithin eine öffentliche sei. Er ging deshalb nach dem „Weißen Hirschen“, wo bei seinem Erscheinen natürlich große Unruhe ausbrach. Rufe: Ruhe, Polizei ist da! raus! u. a. m. wurden laut. Wialy holte sich, da, wie er angab, seine Lage ein ungemütliches wurde, noch den Schutzmann Meber als Zeugen und zu seinem Beistand. Da Wialy von Kauffuß aufgefordert worden war, das Lokal zu verlassen, erkundigte er sich erst noch, ob Kauffuß bei der Firma in Arbeit stände, was aber verneint wurde. Die beiden Schutzleute wollten nun gehen, als sie den Saal betraten, wie der Angeklagte Hoffmann, der angeblich die Leitung der Versammlung hatte, sowie Kauffuß längere Ausführungen allgemeinen Inhalts machten. Sie sollen von den Arbeitgebern schlechweg gesprochen

und zum festen Zusammenhalt aufgefordert haben. Dies genigte den Beamten, um nach ihrer Meinung die Versammlung zu einer öffentlichen, also anmeldspflichtigen, zu stampeln und Anzeige zu erstatten. Gegen den Strafbefehl des Amtsgerichts erhoben die beiden Angeklagten Einspruch, so daß sich das Schöffengericht in der Altstadt mit der Angelegenheit zu beschäftigen hatte. Erschienen war nur der Gewerkschaftsbeamte Hoffmann. Als Verteidiger fungierte Rechtsanwalt Landzberg.

Ein als Zeuge vernommener Arbeiter der Obersächsischen Metallwerke sagte aus, daß die in Frage stehende Versammlung lediglich auf die Initiative der Arbeiter selbst zurückzuführen sei. Auf die Frage des Vorsitzenden, der Metallarbeiterverband und der Verband der Schmiede seien doch sozialdemokratische Verbände, antwortete der Zeuge mit nein, sozialdemokratische Verbände gäbe es überhaupt nicht. Neben den beiden Schutzleuten wird auch der Kriminalkommissar Schön als Zeuge vernommen, der angab, daß der Mitangeklagte Kauffuß selbst zugestanden habe, in der Versammlung über öffentliche Angelegenheiten gesprochen zu haben. Der Amtsanwalt hielt die beiden Angeklagten im Sinne der Anklage für überführt und beantragt für jeden 20 Mark Geldstrafe eventuell 4 Tage Haft.

Rechtsanwalt Landzberg führte aus, daß nur die Versammlungen anmeldspflichtig seien, die zu dem Zweck einberufen werden, öffentliche Angelegenheiten zu erörtern. Die Versammlung am 23. Juli war aber zu dem ausschließlichlichen Zweck einberufen worden, um Angelegenheiten der Obersächsischen Metallwerke zu besprechen. Der Umstand, daß an dieser Versammlung Personen teilnahmen, die nicht zum Fabrikpersonal gehörten, ändert an der Sache selbst nichts. Irgendwelche Einwirkungen auf öffentliche Angelegenheiten habe die Versammlung nicht bezweckt. Ebenfalls könne aus der Selbstbeziehung von Kauffuß gefolgert werden, daß die Versammlung anmeldspflichtig gewesen sei. Was Kauffuß angegeben habe, das waren keine öffentlichen Angelegenheiten; er habe sich also selbst im Irrtum befunden. Ebenfalls könne in der Aufforderung zur Organisation eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten erblickt werden. Meber stütze sich hierbei auf einen Kammergerichtsentscheid und beantrage kostenlose Freipredigung. Das Gericht schloß sich der Auffassung des Verteidigers an und sprach beide Angeklagte frei. Die Kosten fallen der Staatskasse zur Last. Der liebe Rich war also wieder einmal vergebens.

Eine Bernards-Erinnerung.

Des bekannten Konjunkturkritikers Bernards Selbstzug gegen die „Volksstimme“ ist nun schon von so langer Dauer, daß die ersten Epochen aus ihm bereits der Vergessenheit anheimgefallen sind. Heute frisch brachte uns der Postbote eine Erinnerung an den Beginn des Selbstzugs. Die „Volksstimme“ hatte Bernards auf Grund seiner „verdächtige Tätigkeit“ — wie zitierten damit die Wendung eines schöffengerichtlichen Urteils — in mehreren Artikeln einen Vorposten genannt. Bernards fand diese Behauptung frivol und verlangte von der Redaktion auf Grund des § 11 des Pressegesetzes die Aufnahme einer Berichtigung, die von der Redaktion auch angenommen wurde. Bald darauf kam Bernards mit einer zweiten Berichtigung des gleichen Inhalts. Die Redaktion lehnte deren Aufnahme ab, da sie die erste Berichtigung für genügend hielt, weil der Artikel, dem die zweite Berichtigung galt, vor der Veröffentlichung der Berichtigung erschienen war.

Bernards war damit nicht zufrieden und verklagte den verantwortlichen Redakteur Genossen Wittmann. Das Schöffengericht sprach ihn aber frei; es machte sich allerdings nicht die Ansicht der Redaktion zu eigen, sondern kam zur Freipredigung, weil die Berichtigung die Uebereinstimmung mit der Originalberichtigung werden mußte. Gegen das freispredigende Urteil legte der Staatsanwalt Berufung ein. Das Landgericht hob darauf das freispredigende Urteil auf, beurteilte den Genossen Wittmann zu 20 Mark Geldstrafe und ordnete die Aufnahme der Berichtigung an.

Das Urteil ist nun rechtskräftig geworden und die Erinnerung, die uns heute frisch der Briefträger brachte, ist ein Schreiberbrief des königlichen Amtsgerichts, der das Ersuchen um Aufnahme der Berichtigung enthält. Wir kommen also, dem

Urteil gehorchend, nicht dem eignen Triebe, nach und veröffentlichen folgende

Berichtigung.

Zu dem Abschnitt „Der Central-Anzeiger“ des Artikels mit der Ueberschrift „Konjunktur und Arbeiterkraft“ im Hauptblatt der „Volksstimme“ Nr. 240 vorigen Jahres bemerke ich: Zur Polizei habe ich niemals in irgendwelchen Beziehungen gestanden.

B. J. Bernards.

Personenstandsaufnahme. Der Magistrat erläßt folgende

Bekanntmachung: Zum Zweck der Veranlagung der auf Grund des Gesetzes vom 24. Juni 1891 und 14. Juli 1893 — in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Juni 1906 — zu erhebenden Einkommensteuer und Ergänzungssteuer ist in Ausführung der Bestimmungen der §§ 21, 22 und 23 die genaue Aufnahme des Personenstandes der gesamten Einwohnerschaft des Gemeindebezirks erforderlich. Zur Ausführung dieser Personenstandsaufnahme werden in den Tagen vom 22. bis 24. Oktober d. J. den Eigentümern der sämtlichen bewohnten Grundstücke oder ihren Stellvertretern durch besondere Boten die erforderlichen Formulare ausgehändigt werden. Die Ausfüllung der Formulare erfolgt nach Maßgabe der darauf abgedruckten Instruktion, welche sorgfältig zu beachten ist. Die Ausfüllung selbst hat am Freitag den 25. d. M. stattzufinden. Am 26. d. M. werden die ausgefüllten Formulare wieder abgeholt werden. Um Weiterungen zu vermeiden, ist es wünschenswert, daß der Hauswirt oder dessen Stellvertreter die Anzahl der Haushaltungen und der selbständig Einzelwohnenden auf einem Zettel verzeichnet in seiner Wohnung hinterläßt, damit bei seiner etwaigen Abwesenheit die erforderliche Anzahl Formulare abgegeben werden kann.

— Eine Gefühlslosigkeit, die der völligen Erstarrung jedes menschlichen Mitempfindens gleichkommt, offenbart sich in einer Annonce des hiesigen „Gen.-Anz.“. Sie hat folgende Gestalt:

Hau

fenweise streuen die Leute ins „Elorado“, Cabaret zur X. Waise, Große Junterstraße 12.

Hingerichtet

sind sämtliche Augen des Magdeburger Publikums voll Entzücken auf die Sterne des Cabaret zur X. Waise, Große Junterstraße 12.

Zum Tode

lachen sich die Besucher des Cabaret zur X. Waise „Elorado“, Große Junterstraße 12, über das wirklich großartige Programm und die dort stattfindenden konkurrenzlosen Leistungen. Anfang 8 Uhr.

Hinter vergitterter Fensterlücke in der Kaminröhrenzelle des Karlsruher Gefängnisses sitzt ein Mensch und wartet mit all den Schreden, die dieses bebende Warten in sich schließt, auf seine letzte Stunde, auf den letzten Gang. Dieser Mensch soll nach den einen ein Mörder, nach den andern das Opfer eines Fehlspruchs der Justiz sein. Gleichgiltig: es ist ein Mensch, der auf seinen Tod warten muß und durch dessen Bewußtsein monatelang zu jeder Minute das Köcheln des Todes zuft.

In Magdeburg gibt es eine Schenke, in der durch frivole Späße und kreischendes Geklingel eindeutiger Letzte die Gäste zum Eintritt, zum Meiden und zum Trinken verlockt werden. Die Konkurrenz in diesem lasziven Trüffel-Genre ist groß; die Mittel der Reklame sind spärlich. Da entsinnt der propagandistische Leiter sich des Menschen: in Karlsruhe. Sein Name ist in aller Munde und sein Kopf wird demnach wohl auf den blutigen Block gepreßt werden. Der neue Trick in der Reklame ist fertig. Der Schreiber ist stolz auf seinen Einfalls und er findet wirklich eine Zeitung, die seine Verhöhnung aller Menschlichkeit an die Öffentlichkeit bringt.

Beide, Verfasser wie Zeitung, gehören zur guten bürgerlichen Gesellschaft, die täglich mit ihrer Gestirnung prunkt im Gegensatz zur sittenlosen verzerrten Sozialdemokratie.

Fenileton.

(Nachdruck verboten.)

Garman & Worsse.

Erzählung von Alexander L. Skelland.

(66 Fortsetzung.)

„Katen Sie mir, wegzureisen, Herr Worsse?“ fragte Rachel.

„Ja, das heißt, ja, ich glaube, daß es am besten für Sie wäre; Sie werden sich hier zu Hause nicht entwickeln können, Sie — kurz; ich glaube, Sie sollten reisen;“ bei den letzten Worten bekam er seine Stimme wieder, und er konnte ihr ruhig und ohne zu zucken in die Augen sehen.

„Aber wohin? eine alleinlebende Dame, ohne Bekanntschaften; ich fürchte, daß Sie meine Kräfte überschätzen,“ sagte Rachel etwas unwillig; es klang, als ob es ihr nicht gefiel, daß er ihr riet wegzureisen.

„Nein, hören Sie mich an,“ begann er rasch, „ich habe einige Freunde in Paris, es ist eigentlich eine amerikanische Firma „Barnett Brothers“, aber sie haben eine Filiale in Paris, und Mr. Frederic Barnett ist ein persönlicher Freund von mir —“

„Sie haben scheinbar lange darüber nachgeonnen, wie Sie mich fortbringen könnten,“ sagte Rachel, „Sie haben ja einen ganzen Plan fertig.“

Er wurde ein wenig verlegen, denn es war wirklich ein wohlüberlegter Plan, nur hatte er gehofft, nie davon Gebrauch machen zu müssen.

„Ja,“ antwortete er und versuchte zu lachen, „als Ihr Vormund habe ich ja die Pflicht, Ihnen nach bestem Vermögen zu helfen und für Ihre Zukunft zu sorgen.“

„Und da wollen Sie mich allein nach Paris schicken?“

„Nein, ich hatte an einen Begleiter für Sie gedacht. Sie kennen doch den alten Svendsen, meinen Buchhalter? Er war mehrereremal in Paris und ist ein sehr zuverlässiger Mensch. Ich bin sicher, daß Sie sich in Mr. Barnetts Haus wohl fühlen werden. Es ist halb in englischer Art eingerichtet, und das wird, glaube ich, besser für Sie passen als ein französischer Haushalt.“

„Nimmt Ihr Freund Pensionare auf?“ fragte Rachel

„Für gewöhnlich nicht, soviel ich weiß. Es wird daher teurer für Sie werden als eine gewöhnliche Pension. Aber ich bin beinahe überzeugt davon, daß Mr und Mrs. Barnett — sie ist Französin — Ihnen gefallen werden, und gerade in der amerikanischen Welt in Paris werden Sie die meiste Aussicht haben, eine Beschäftigung zu finden, wenn Sie es wünschen wollten. Jedenfalls können Sie ja einige Zeit in Mr. Barnetts Haus bleiben, bis Sie etwas Besseres finden.“

Er sprach so ruhig und entschieden, als sei das Ganze eine beschlossene Sache, und Rachel mußte selber nicht, wie es zunging, aber als sie aufstand, um sich zu verabschieden, hatte sie ihren Entschluß gefaßt. Die Aussicht auf ein neues, bewegteres Leben stimmte sie halb freudig, halb erwartungsvoll, aber zugleich war sie einigermaßen unwillig, nein, nicht unwillig, sondern traurig, nein, auch das nicht, aber es berührte sie doch selbst, daß gerade er einen solchen Eifer an den Tag legte, sie wegzuschicken.

Jakob Worsse begleitete sie bis zur Haustür, aber als sie gegangen war, kehrte er nicht ins Kontor zurück, sondern ging über den Hof ins Hinterhaus hinter zu seiner Mutter.

Einen Monat später reisten Gabriel und Rachel in Begleitung des alten Svendsen ab, Gabriel nach Dresden und Rachel nach Paris. Auch Madeleine verließ Sandsgaard. Ihr Bräutigam hatte es mit Unterstützung des Arztes durchgesehen, daß sie ins Bad Moodsing ging. Martens' Mutter, eine Pflanzerswitwe aus dem östlichen Norwegen, sollte sie begleiten.

Der Legationssekretär war böllig fassungslos, als er hörte, daß Madeleine sich mit einem Geistlichen verheiraten wolle, und es dämmerte ihm eine dunkle Ahnung davon auf, daß er wohl besser daran getan hätte, sie im Gesichtskreis des großen Fernrohrs zu behalten. Aber den alten Herrn, der nie stark in Erwägungen gewesen war, hatte die Trauer noch stumpfer gemacht, und wo er sich nun nicht mehr mit Christian Fredrik beraten konnte, gab er in allem nach.

Madeleine hatte die Erschöpfung, die ihrer Krankheit folgte, beinahe gleichgültig gemacht; als der große Schritt getan war, ließ sie sich willig leiten, und es war ihr nicht unangenehm, daß ihr Bräutigam es auf sich nahm, in allem und jedem für sie zu denken und zu handeln. Aber als sie

ihrem Vater Wohlbefindlich sagen wollte brach sie zusammen, und man trug sie bewußtlos in den Wagen.

Pastor Martens hatte rasch erkannt, daß er Madeleine aus Sandsgaard entfernen mußte, wenn es ihm glücken sollte, eine Frau nach seinem Herzen aus ihr zu machen. Aus demselben Grunde bewarb er sich sogleich um eine Stelle weit im Lande drin, die er auch erhielt — Pastor Martens wohnt höheren Orts gut angeschrieben — und ein Jahr nach der Verlobung hielt er Hochzeit zu Hause bei seiner Mutter.

Nach jedem Nitt an die Küste wurde Georg Delphin von einer ersten Lungenentzündung befallen. Die Krankheit dauerte so lange, daß im Amtskontor ein Stellvertreter für ihn angestellt werden mußte. Und sobald er so weit hergestellt war, daß er schreiben konnte, ließ Delphin den Amtmann wissen, daß es ihm lieb wäre, wenn er sich als von seinem Sekretärposten entlassen betrachten dürfe.

Darauf ging der Amtmann mit großer Bereitwilligkeit ein; er war nie für Leute vom Schläge Georg Delphins angenommen gewesen.

Fanny befand sich die ganze Zeit über in einer nervösen Spannung. Es konnte nicht die Rede davon sein, daß sie den Kranken besuchte oder sich irgendwie mit ihm in Verbindung setzte. Sie mußte sich mit dem Bescheid begnügen, den sie zufällig oder durch Worten erhielt, aber sie wagte nicht, so viel zu fragen, wie sie eigentlich Lust hatte.

Als sie eines Tages vor dem Spiegel stand, entdeckte sie drei kleine Runzeln am linken Auge; wenn sie lachte, standen sie ihr ganz gut, aber wenn sie ernst war, machten sie sie alt. Nichts wollte sie mehr kleiden, nicht einmal „Trauer“, was sonst ihre Force gewesen war; Fanny litt so sehr, wie sie überhaupt zu leiden imstande war; und eines Tages kam ein Brief von ihm, worin er Abschied nahm:

„Ich reife heute nach; um uns beiden eine peinliche Stunde zu ersparen: Leben Sie wohl!“

Das war alles.

Alle Farbe wich aus ihrem schönen Gesicht. Aber nur für einen Augenblick. Die ganze Nacht lag sie wach und hörte ihren Mann an ihrer Seite schnarchen. Aber den Tag darauf saß sie am Fenster, heiter und strahlend.

(Fortsetzung folgt.)

— **Städtische Konzerte.** Auf das Volkstheater im „Färkenhof“, das nächsten Mittwoch unter der Leitung von Joseph Krug-Waldsee stattfindet, sei besonders hingewiesen. Das vielseitige Programm, aus dem hier die Duettsätze zu „Carmen“, „Börsenspieler“, „Hörner“, „Die Hugenotten“, „Die Fledermaus“ nebst dem „Raubschilling“ von Dukas und dem brillanten „Scherzo capriccioso“ von Dvorak genannt seien, bringt außerdem eine interessante Orchesterouvertüre, betitelt „Johannes“, ein Epilog zu dem gleichnamigen Drama von Sudermann, komponiert von Georg Langenberg, einem in Volkstheatern lebenden Organisten. — Als Solist wird Herr Konzertmeister Oskar Koch das „Adante“ und den letzten Satz des Mendelssohn'schen Violinkonzerts spielen.

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

An die Gewerkschaftskarte!

Die Aussperrung der Tabakarbeiter in Siegen ist nunmehr beendet. Die Karteile werden erfüllt, die Sammlungen sofort einzustellen und die Restbeträge an den Unterzeichneten einzulisten.

Die Generalkommission.

J. A.: Hermann Aube, Berlin SO. 16, Engelauer 15.

Lohbewegungen in der Schweiz. Schon seit mehr als vier Monaten stehen die Basler Maurer im Streit und keiner der beteiligten Teile will nachgeben. Die Arbeitgeber verlangen in ihrer angeborenen Weisheit bedingungslos Unterwerfung. Meldungen bürgerlicher Blätter, der Maurerstreik in Basel sei beendet sind durchwegs unrichtig. — Mit einem schönen Erfolg hat der Streik der Züricher Fuhrleute am letzten Sonntag nach dreiwöchiger Dauer abgeschlossen. Die Streikenden haben eine beträchtliche Lohnerhöhung und eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 10 Stunden erfahren. Die Vermittlung hat Regierungsrat Kern geführt. — Auch die Lohnbewegungen der Böttcher in Basel und Zürich haben mit einem Erfolg der Arbeiter abgeschlossen, während die Lohnbewegung der Wäcker in Winterthur noch nicht abgeschlossen ist.

Zur englischen Eisenbahnerbewegung. Die Antwort der Unternehmer auf das Schreiben des Generalsekretärs zum englischen Eisenbahnerverband ist nun eingelaufen. Sie ist ausgefallen, wie zu erwarten war. Die Eisenbahndirektoren scheuen die beantragten Unterhandlungen mit dem Eisenbahnerverband nicht ab. Das Exekutivkomitee des Verbandes der Eisenbahngesellschaften habe keine Macht, in die Verhältnisse der einzelnen Eisenbahnerverbände einzugreifen. In dem Schreiben kommt der Standpunkt des „Herrn im eigenen Hause“ unterdrückt zum Ausdruck. Die Direktoren der Eisenbahngesellschaften haben dem reisenden Publikum und den Aktionären gegenüber die Verantwortung für die Sicherheit des Dienstes und die Prosperität des Unternehmens, und sie müßten deswegen nach ihrem eignen Gutdünken handeln können. Damit scheint nun der Kampf unermesslich, insofern vom Generalsekretär Richard Bell noch allerhand Entgegenkommen zu erwarten ist. Die Mitglieder des Verbandes selbst sind, das hat die letzte Generalkonferenz gezeigt, zu energischer Vorgehen bereit. Das parlamentarische Komitee der Gewerkschaften ist zu einer Sitzung einberufen, um zu der Frage Stellung zu nehmen. Das Handelsamt hat jetzt noch Möglichkeit eingegriffen und die Parteien einzuladen, zu einem Einigungsamt zusammenzutreten bzw. einem Schiedsgericht zu unterwerfen. Richard Bell hat sich hiergegen schon ausgesprochen, da die Eisenbahner hiermit schon im Jahre 1897 schlechte Erfahrungen gemacht haben. Der Genosse Macdonald will mit andern sozialistischen Abgeordneten die Einberufung des Parlaments beantragen. Die Urabstimmung des Eisenbahnerverbandes über die Frage des Streiks ist am 26. dieses Monats beendet und am 28. tritt der Vorstand des Verbandes zu einer Sitzung zusammen, um die endgültigen Schritte zu beraten.

13. Generalversammlung des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes.

Ueber die Taktik bei Lohnbewegungen referiert Eberle-Bremen: Der Lohnkampf hat stärkere Formen angenommen, aber die Taktik bei den Einzelkämpfen ist sehr verschiedenartig und wechselnd; sie wurde auch in ihrem Wechsel bedingt durch die Entwicklung der Unternehmerorganisation. Die jetzige nach dem jeweiligen Ausgang einer Lohnbewegung Widerstand in den Kreisen der Kollegen eingetrieben, die unterm Verstande nachteilig war. Wiewohl rechnen die Kollegen mit einem friedlichen Ausgang der Differenzen und beraten damit dem Unternehmer die Basis ihrer Stellung, erzwungen sich also dadurch selbst die Lösung der Differenzen. Es ist natürlich in größeren Städten schwerer als auf dem platten Lande, Lohnkämpfe zu führen. Der Referent betont, daß man sich bei Lohnbewegungen, wo es nötig ist, der Zustimmung und Mitarbeit anderer Organisationsmitglieder bedienen müsse.

a. Ein begründeter Antrag von ihm eingebrachter Antrag betreffend Festsetzung eines Minimallohns und Einführung einer Schutzmarke. Die Festsetzung eines Minimallohns für das ganze Reich ist jetzt nicht möglich. Erreichbar ist ein Minimallohn, so wird man demnächst doch danach streben, die Schutzmarke mehr zu erhöhen.

Für die Schutzmarke war die Zeit noch nicht reif, als die Schutzmarke von uns eingeführt wurde, aber weil erfolglos, wieder fallen gelassen wurde. Nur die Solidarität aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter kann die Durchsetzung erfolgreich gestalten. Daher empfiehlt es sich, die Angelegenheit durch die Generalkommission gründlich erörtern zu lassen. Durch die Schutzmarke kann auch die Heim- und Hausarbeit bekämpft werden. Fördern die Gesetzgebung die Heimarbeit, wie dies der Fall ist, dann müssen die Arbeiter alles versuchen und Mittel selbstständig anzuwenden, die Heimarbeit zu beschränken. Dazu müssen die Arbeiter angehalten und erzogen werden, das kann uns nur in vereinzier Arbeit mit dem Gewerkschaftsorganisationsgelingen.

Wolff-Bremen begründet den Antrag, den Minimallohn auf 9 Mark pro Woche festzusetzen. Man habe damit bestrebt, daß in den nächsten 20 Jahren nach Erreichung dieses Satzes gestellt wird.

Vorsitzender Deichmann: Der Dresdener Figitierenarbeiterverband hat gezeigt, daß man vorzüglich bei Lohnkämpfen verfahren muß. Niemand sollte in München sagen, ja überhaupt nicht möglich, daß z. B. eine so große Zahl Arbeiterwähler unter den Figitierenarbeitern sich finden würden, wie damals in der Umgebung von Dresden, wo Semmling gemacht wurde. Auch die Verhältnisse hier dem Instanz in Nordhausen zeigen, wie vorzüglich die sozialen Verhältnisse in Rücksicht gezogen werden müssen, wenn ein Erfolg bei Lohnkämpfen zu erwarten ist. Ein solches notwendiges Moment ist die Organisierung von Hilfsarbeitern. Eine bestimmte Anzahl Festlegen zu wollen, ist unmöglich. In Siegen ist in einem Urtel und Befehl einstritten der Behörde, daß die Taktik sich nach diesen richten müsse und daß ein einheitlicher Minimallohn nicht durchführbar sei. Wohl aber kann ein bestimmter Lohnsatz als Ziel für weitere Bestrebungen dienen. Darüberhinaus liegen nicht immer in unserem Interesse; aber bei Beschäftigung solcher Verträge ist unbedingt darauf zu achten, daß die Verträge gehalten werden von den Unternehmern. Auch bezüglich des Boykotts muß auf alle Verhältnisse Rücksicht genommen werden, damit, wenn der Boykott nötig und notwendig wird, er auch wirksam wird.

Zum Schluß: Der Generaldirektor in der heutigen Tabakarbeiter-Verbandes hat General Aube (Siegen): Redner

gibt eine chronologische Darstellung des Kampfes der organisierten Tabakarbeiter gegen die Hausarbeit. Die Geschichte der Bewegung der Tabakarbeiter beweist, daß man die Hausindustrie stets als Strebssache der Industrie betrachtet habe. Die höhere Besteuerung 1879 veranlaßte die Unternehmer, die Hausindustrie noch mehr auszudehnen. Die Regierung tat nichts, um den Bestimmungen des Unternehmertums entgegenzuwirken. Bei Enqueten habe sich die Regierung wohl an das hausarbeitfreundliche Unternehmertum gewandt, aber nicht an die Arbeiter. Die Regierung verwickelte die ganze Angelegenheit. Der Gesetzentwurf der Regierung beschäftigte sich ausschließlich mit der Hausindustrie innerhalb der Figitierenindustrie. Von einem Verbot der Hausindustrie, wie solches stets von den organisierten Tabakarbeitern und den Vertretern der Arbeiter im Parlament verlangt wurde, ist beim Entwurf keine Spur. Über Regierung und Unternehmertum mögen nicht glauben, daß die organisierten Arbeiter ihren Manipulationen gegenüber rat- und machtlos seien. Es liege zu befürchten, daß die Blockparteien auch der Wählersteuer zustimmen werden. Beim Gesetzentwurf betreffs der Heimindustrie sei dasselbe zu befürchten, auch von den Freisinnigen könne das erwartet werden. Die Stellung der Tabakarbeiter sei klar. Diese verwerfen den ganzen Entwurf. Redner empfiehlt die Annahme nachfolgender Resolution:

In Erwägung, daß der vom Reichsamt des Innern dem Reichstag vorgelegte Gesetzentwurf betreffs die Herstellung von Zigaretten in der Hausarbeit die gesundheitsmäßigen Wirkungen, sowie die materiellen Nachteile der Hausarbeit für die Tabakarbeiter nicht beseitigt, vielmehr den Hausarbeitern neue, schwere Lasten auferlegt, und die Fortdauer der Hausarbeit zum Schaden der gesamten Tabakindustrie gefählich ermöglicht, beschließt die Generalversammlung des Deutschen Tabakarbeiterverbandes, an den Beschäftigten früherer Generalversammlungen festzuhalten, die das gänzliche Verbot der Hausarbeit in der gesamten Tabakindustrie fordern.

Auf Antrag wird beschloffen, keine Diskussion über das Referat stattfinden zu lassen.

Die Resolution Geyer wird darauf angenommen. Die Vormittagsung am Freitag wird mit der Diskussion über die Beitragserhöhung ausgefüllt. Ghanz (Magdeburg) ist für die Befestigung der ersten drei Unterstufungen. Können wir Expansive machen, dann sollten wir eine Beitragserhöhung zu verhindern suchen. Aube (Generalkommission): Es handelt sich um die Sanierung der Finanzen Ihres Verbandes. Die Abschaffung Ihres Verbandes zeigt, daß sie nötig ist. Zwar haben Sie ein schweres Kampfsjahr hinter sich, aber es hat Ihre Finanzen geschwächt. Nun müssen Sie daran denken, Ihre Organisation wieder zu kräftigen. Die Beschränkung der Kassenzeit um die vom Vorstande beantragten drei Tage ist das Beste, was zu machen ist. Die Generalversammlung hat die Verpflichtung, jaener einzugreifen. Arbeiten Sie darauf hin, die Lage der Tabakarbeiter zu verbessern, dann werden größere finanzielle Anforderungen an den Verband die Folge sein. Um eine Beitragserhöhung werden Sie auch nach Annahme des Vorstandsbeschlusses nicht herumkommen. Rechnen Sie ihn ab, dann wird die Beitragserhöhung um so härter sein müssen. Das Argument, Beitragserhöhungen machten Mitglieder dem Verband abtrünnig, habe ich auf vielen Generalversammlungen gehört, aber trotz der erfolgten Beitragserhöhungen in andern Verbänden, die auch nur niedrig gelohnte Arbeiter organisieren, ist kein Mitglied abgegangen eingetreten. Unangenehme Worte werden Sie sich von Ihren Mitgliedern lassen müssen, wenn Sie Beitragserhöhungen beschließen, aber Sie können das ertragen, wenn Sie sich Ihrer Pflicht für den Verband bewußt waren und ihr nachkommen sind.

Es wird beschloffen, eine Kommission zur Statutenberatung zu wählen und diese aus sieben Personen bestehen zu lassen.

Gewählt werden: Schmidt (Dresden), Marks (Witten), von Elm (Ottensen), Rozjka (Dreslau), Weithäuser (Nordhausen), Haberer (Offenburg), Metzger (Speier).

Provinz und Umgegend.

Salze, 21. Oktober. (Kommunales.) Die nächste Gemeindevertretung findet am Dienstag den 22. Oktober, abends 8 Uhr, im Gasthof zum Landhaus statt; die Verhandlungen sind öffentlich.

Burg, 21. Oktober. (Vordifferenzen.) Durch Zufall erhielten die in der Holzschneiderei der Firma R. W. Wolf beschäftigten Arbeiter den gestern Morgen, daß ein Bevorgang der Herrn Wolf einen um 2 Mark höheren Wochenlohn erhielt, als die übrigen Arbeiter. Sie glaubten sich nun berechtigt, Herrn Wolf zu bitten, auch ihnen eine Lohnzulage von wenigstens wöchentlich 1 Mark zu gewähren. Herr Wolf hielt es für überflüssig, den Arbeitern vorläufig überhaupt eine Antwort zu geben. Am Sonntagabend, kurz vor Feierabend, wurde um dem Arbeiter, der die Forderung abgegeben hatte, bedeutet, daß sämtliche Arbeiter, die die Forderung unterzeichnet haben, entlassen wären. Als Antwort verließen sämtliche Hilfsarbeiter die Holzschneiderei, nur der von der Gnadengasse des Herrn Wolf Beschäftigte blieb. Mit diesem allein ist natürlich der Betrieb nicht aufrechtzuerhalten. Wenn die Arbeiter sich „erdreien“, eine geringe Forderung anzugehen, werden sie ausplakiert gehen. Hierbei wird gar nicht in Betracht gezogen, daß die betreffenden Arbeiter, wie das hier der Fall ist, jahrelang im Geschäft von Wolf tätig waren. Von den in dem Betriebe beschäftigten Tischlern wird erwartet, daß sie jede Beschäftigung in der Holzschneiderei zurückweisen. Die übrigen Arbeiter Burgs wissen, wie sie sich in diesem Falle zu verhalten haben.

Stahlfurt, 21. Oktober. (Zu den Verhandlungen über die Realschule) in der letzten Stadteverordneten-Sitzung haben wir noch etwas zu sagen. Der Antrag des Herrn Frölich, der abgelehnt ist, ging dahin, den Bau der Schule zu beschleunigen und dann zu verhindern, dem Staat einen Teil des Baugeldes zu erhalten, ein Verbot, vor jedenfalls ein Restat nicht haben würde. Die Annahme des Antrags Frölich würde von dem Staat der Stadt erhebliche Kosten auferlegt haben. Angenommen ist der Antrag des Magistrats, der die Schule nur bauen will, wenn vorher der Staat sich zur Tragung der Hälfte der Kosten verpflichtet würde. Herr Frölich glaubt, die 160 000 Mark seien der Realschule im Gegenüberstellung zur Forderung einer Realschule bringen zu können und verlangt für seine Steuern auch etwas für sich. Es ist Herr Frölich nicht zu verdenken, wenn er für seine Interessen kämpft, wenn er aber glaubt, daß der Arbeiterstand mit den 160 000 Mark Realschulkosten schon etwas gekostet ist, dann ist er doch. Der Realschulunterricht ist so über die Waagen mangelhaft, daß keiner der Befürworter die Realschule mit seinen Kindern beglückt. Wenn die Schule dennoch so viel Geld kostet, so liegt es daran, daß es so viele Profitierer gibt, die sich mit der Realschule begnügen müssen, weil die Lohnarbeiter sind, die nichts haben, als ihre Arbeitskraft, die sie denjenigen Leuten verkaufen müssen, die sich in den Weg der Produktionsmittel gelegt haben und diesen Weg dazu benutzen, den Lohn der Arbeiter sehr niedrig, ihre Dividenden recht hoch zu gestalten. Herr Frölich ist selbst Direktor an einem Bergwerk, einem geschicklichen Betriber also, dem es geht, die der Allgemeinbevölkerung gehörigen Bodenschätze auszubeten und hunderttausend Mark daraus zu nehmen, ohne der Allgemeinbevölkerung einen Pfennig Entschädigung dafür zu zahlen. So bevorzugen sich die Arbeiter nicht, sie müssen vielmehr harte und gefahrliche Arbeit für großen Lohn verrichten, die Dividenden erziehen, und es wäre jenseits der Bibel allen Dörfern, wenn hier außer der Dividende und manchem andern auch noch die Steuern für die Realschule anderer Leute erörtern sollten. Selbst hätte Herr Frölich sich nicht darauf berufen sollen, daß der Staat die Realschule 160 000 Mark koste. Mit diesen Schätzen gibt man den Arbeitern gerade wenig genug, nachdem man ihnen vorher schon die Stunden je Heim gemacht hat. Gerade auf dem Wege

des Herrn Frölich sind zwei höhere Beamte, die Herren Obersteiger Ballas und Ingenieur Brigger, die nach besten Kräften sich bemühen, die ihnen unterstellten Arbeiter von ihren gewerkschaftlichen Organisationen fernzuhalten, damit sie sich nicht einmal besseren Lohn erkämpfen. Erst drückt man das Einkommen der Arbeiter nach Möglichkeit nieder und dann wirft man ihnen vor, daß ihre Schulen mehr kosten als ihre Steuern betragen! Hat denn übrigens Herr Direktor Frölich noch niemals etwas bei den indirekten Besteuerung durch das Reich gehört? Weiß er denn nicht, daß diese Steuern dem städtischen Arbeiter rund 10 bis 12 Prozent seines Einkommens nehmen? Rechnen man seine direkten Staats- und Kommunalsteuern hinzu, dann zählt er vielleicht 15, 16 Prozent seines Einkommens als Steuern, und dafür hat er nur eine — Volksschule. Wenn Herr Frölich auch 15 bis 16 Prozent seines Einkommens als Steuern zahlen würde — wir wollen in diesem Falle von einer Progression, die doch nur gerecht ist, absehen — dann würden wir ihm das Recht zugestehen, zu sagen: „Wir wollen für unsere Steuern auch einmal etwas haben“. Sonst aber nicht. Wenn nun gar Herr Dr. Israel meint, auch die kleineren Steuerzahler würden durch 13 Prozent Zuschlagserhöhung nicht besonders belastet, so können wir ganz und gar nicht begreifen, wie er dazu kommt. Er sollte als Arzt doch wissen, wie sehr es dem Arbeiter an hygienischen Wohnungen und rationeller Ernährung mangelt! Ihnen dazu noch eine Last und sei sie noch so gering, aufzubürden für Zwecke, die ihnen vollständig fremd sind — das ist wohl freisinnig? Ganz verkehrt — wir wollen uns milde ausdrücken — sind die Neuerungen des Herrn Dr. Israel über das Schlachthaus und die Wasserleitung. Das erstere soll seine Kosten decken und deckt sie auch beinahe, das zweite wirkt sogar einen erheblichen Uberschuß ab. Wie man übrigens die Beschaffung von Trinkwasser, die zur absoluten Notwendigkeit wurde, nachdem die Bergwerke sämtliche Brunnen zum Verfallen gebracht, in Pärallele stellen kann mit einer Realschule, ist wohl das Geheimnis des Herrn Israel.

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 19. Oktober 1907.

Ein öffentlicher Aufzug. Am 11. November 1906 marschierte der Fernerleber Turnverein, etwa 50 Mann stark, morgens während des Gottesdienstes auf einem Auszuge durch Langenweddingen nach Gabeln zu, angelich in Reich und Glied in geschlossenem Zuge, ohne die polizeiliche Erlaubnis eingeholt zu haben. Vier Personen aus Langenweddingen schlossen sich dem Aufzuge an und wurden dann auf erstattete Anzeige des Gendarmerie wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 angefaßt. Das Schöffengericht erkannte am 20. Juni d. J. auf je 5 Mark Geldstrafe ev. 2 Tage Haft. Die Berufungsinstanz konnte auf Grund der Verhandlung eine Positivfeststellung, daß sich die Angeklagten an dem öffentlichen Aufzuge beteiligt hatten, nicht treffen, hob deshalb das Urteil auf und erkannte auf Freisprechung.

Vom Strafenreinigen. Der Glasbleichermeister Karl Freiheit hier, geboren 1867, hatte am 2. Juni d. J. nachmittags 3¼ Uhr die Straße vor seinem Hausgrundstück in der Jakobstraße reinigen lassen. Als ein Schutzmann um 6¼ Uhr revidierte, fand 2 Kratzerne und Papier auf der Straße vor und nahm an, daß diese, wie vorgeschrieben, um 6 Uhr abends nicht gänzlich von Schmutz und Unrat befreit gewesen sei. Es lag nunhin eine Uebertretung des §. 366, 10 des Strafgesetzbuches und der Polizeiverordnung vom 1. Oktober 1882 vor. Das Schöffengericht erkannte am 29. August auf Freisprechung. Die von der Staatsanwaltschaft eingelegte Berufung wurde verworfen, weil der Beamte die Straße erst um 6¼ Uhr abends revidiert hatte und daher nicht nachgewiesen werden konnte, daß sie zur bestimmten Stunde nicht von Schmutz und Unrat befreit war. Zur beliebigen Stunde dürfe der Hausbesitzer allerdings nicht reinigen.

Wegen Verleibigung des Landwirts Gustav Käde zu Dornesleben wurde der Photograph Alexander Hoffmann daselbst vom Schöffengericht in Wangleben am 15. August d. J. mit 30 Mark Geldstrafe ev. 10 Tagen Gefängnis belegt. Die vom Angeklagten eingelegte Berufung wurde verworfen.

Fahrlässige Brandstiftung. Das Dienstmädchen Pauline Gobel zu Burg, geboren 1887, tat in der Nacht zum 7. September d. J. aus der Gunde glühende Asche in einen schadhafteu Wechimer und stellte diesen auf den Holzbelag des Treppenhilfs. Dadurch wurde die Treppe und der Fußboden in Brand gesetzt. Der verursachte Schaden betrug 107 Mark. Die Angeklagte wurde wegen fahrlässiger Brandstiftung zu 15 Mark Geldstrafe eventuell 3 Tagen Gefängnis verurteilt.

Schwurgericht Halberstadt.

Sitzung vom 18. Oktober 1907.

Wegen Brandstiftung und Versicherungsbetrug hat sich der Kaufmann Eduard Petersen, 22 Jahre alt, zuletzt wohnhaft in Wernigerode zu verantworten. Im Juni 1906 eröffnete er in der Burgstraße zu Wernigerode ein Perzentartikel-Geschäft unter dem Namen „Jodex-Klub“. Hierzu erhielt er von seinen in Bremen wohnenden Eltern 2000 Mark Betriebskapital. Die Waren bezog er zum größten Teil auf Kredit, so daß bald Schulden in der Höhe von über 2000 Mark entstanden. Nach seinen Büchern hat er für 2400 Mark Waren bezogen. Bei der Kommerzial-Union-Feuerversicherungsgesellschaft versicherte er nun seine Warenbestände sowie Mobilier für 6800 Mark auf 10 Jahre, obwohl die Summe, wie er zugibt, viel zu hoch gegriffen war. Trotz aller Bemühungen ging das Geschäft schlecht, und Petersen kam in der Nacht zum 10. September v. J., nachdem er mit einem Freund bis 3 Uhr gekneipt hatte, auf den Gedanken, an drei verschiedenen Stellen Feuer anzulegen, um dadurch in den Besitz von Geld zu gelangen. Angeklagter gibt an, daß ihn jede böse Absicht bei der Tat gekneipt habe, er sei von Vergewissung getrieben und er wisse nicht, wie er dazu gekommen. Bevor er das Feuer anzlegte, schloß er die Schranktüren, um nicht entdeckt zu werden, nahm dann Holzstücke, welche zu Dekorationszwecken dienen, beschöpfte diese mit Spiritus und zündete sie an. Hierauf schloß er sämtliche Türen und ging anscheinend schlafen. Währenddessen hörte der über dem Laden schlafende Hauswirt Hellwig Kniffert, ging der Spur nach und sah, daß aus dem Petersen'schen Laden Rauch drang. Mit Hilfe herbeigerufener Nachbarn löschte er das Feuer. Gleiches beschah nach Petersen und fuhr zunächst nach Wien. Von dort fuhr er nach Bremen zu seinen Eltern, hier rüstete er sich finanziell aus und reiste dann über Holland nach Amerika ab. Dort wurde er jedoch bald ermittelt und Anfang dieses Jahres ausgeliefert. Der Angeklagte leugnete bisher alles ab, will im Trunkenheit und ohne Heberlegung gehandelt haben. Nach längerer Beratung verurteilt der Obmann der Geschworenen: Der Angeklagte ist des versuchten Betrugs und der versuchten Brandstiftung schuldig unter Annahme mildernder Umstände. Der Staatsanwalt beantragte hierauf 2 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust. Das Urteil lautet wegen versuchter Brandstiftung im einheitlichen Zusammenhang mit Versicherungsbetrug auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust.

Der Raubmordversuch im Harz.

Unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Boßly fand am 19. Oktober vor dem Landgericht Halberstadt der Raubmordversuch an dem Leinwand-Luther im Bodebal bei Treseburg, der bei allen Harzbesuchern große Bekanntheit hervorruft, zur Verhandlung. Die Angeklagte vertritt der Erste Staatsanwalt Casper, während die Verteidigung von dem Rechtsanwalt Voßell geführt wurde. Zur Vernehmung

Wären 30 Zeugen und drei Sachverständige geladen. Wegen des großen Andrangs des Publikums war der Eintritt nur gegen Karten gestattet.

Aus der Untersuchungsakten vorgeführt wurde der 28 Jahre alte, vielfach vorbestrafte Arbeiter Hugo Kampendahl aus Groß-Furra bei Nordhausen. Aus seinem Vorleben ist bemerkenswert, daß sich sein Vater im Gefängnis verhängte, als der Angeklagte 7 Jahre alt war. Da Kampendahl verhaftet war, so kam er in eine Erziehungsanstalt, aus der er im Alter von 14 Jahren entwich. Von da an begann seine verbrecherische Laufbahn. In diesem Alter wurde er zu Württemberg wegen schweren Diebstahls mit 8 Monaten Gefängnis bestraft, dann zu Hamburg wegen gleichen Verbrechens zu 9 Monaten, weiter in Altona wegen einer gleichen Straftat zu 2 Jahren und zu Lüneburg mit 8 Monaten Gefängnis. Von dort aus wurde er als unflüchtiger Seereschlichter beim 9. Fußartillerie-Regiment in Pöhl eingestellt. Nachdem er sich eine Zeitlang gut geführt hatte, verfiel er wieder in seinen alten Fehler, so daß er wegen Fahrensjucht, schweren Diebstahls und Urkundenfälschung mit 11 Monaten Gefängnis bestraft werden mußte, zugleich wurde auf Ausschluß aus dem Heere erkannt. Dann wurde er zu Sondershausen wegen schweren Diebstahls zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus und den üblichen Nebenstrafen verurteilt. Nach seiner Entlassung aus der Strafanstalt Wolsenbüttel arbeitete er in Halberstadt in der Gasaufbereitung, hier wurde er feiert. Als er aus dem Krankenhaus entlassen war, begab er sich zur Weichhülle in Ehale. Auch hier arbeitete er nur 1½ Tag, dann wanderte er durch den Harz nach Groß-Furra zu seiner Mutter, die dort wieder verheiratet ist. Am 6. August traf er wieder in Ehale ein, nachdem er Ende Juli nach Genehmigung von einem alten Waisen-leiden aus seiner Heimat abgewandert war.

In der Nacht zum 7. August übernachtete Kampendahl, der sich aus Wolsenbüttel noch ein doppelstöckiges Leinwandgeschäft hatte, in einer Kornmiete. Morgens 5 Uhr brach er auf, um sich zunächst über den Dezentalanplatz nach Treseburg zu begeben, weil er annahm, dort Arbeit zu finden. Zwischen Friedenthal und Damdachsberg begegnete ihm der Leutnant Luther. Ueber diesen sei gesagt, daß er in Folge einer schweren Eypheusekrankung zu Braunkohl in einem Sanatorium als Nebenerwerb weilt. Luther fragte den Angeklagten nach dem Wege nach Treseburg. Beide gingen nun über Damdachsberg auf dem Wege nach Treseburg entlang. An dem Aussichtspunkt Weißer Hirsch blieben beide stehen, um einen Blick auf die vorliegenden Berge, Täler und Wälder zu werfen. Schon vorher blieb der Angeklagte etwas zurück, weil er sich angeblich nicht wohl fühlte, da er lungenkrank sei. Luther hatte deshalb schon sein schnelleres Tempo gemäßiget, und verließ als erster den Aussichtspunkt. Kaum hatte er den Rücken gedreht, schoß ihm Kampendahl von hinten eine Kugel in den Kopf. Luther, der den Abgang am Wege hinunter wollte, brach sofort zusammen und blieb liegen. Er will in plötzlicher Erregung gehandelt haben, da er unter erblicher Belastung an Epilepsie leide und Dämmerungs-zustände habe. Außerdem habe er nur in die Luft schießen und Luther nicht treffen wollen.

Von dem, was nachdem vor sich ging, will der Angeklagte nichts wissen.

Als Luther wieder zur Besinnung kam, kniete er neben ihm und schrie ihn an, indem er sich in der Hofentasse des Leinwandgeschäfts machte, an: „Gib Dein Portemonnaie her, Du Lump!“ Als er dann in nächster Nähe Schritte hörte, stoh Kampendahl. Er ging durchs Wobetal nach Ehale. Dort angekommen, erzählte er einem Mann aus der Straße, ein Offizier sei bei Treseburg von seinem Begleiter aus Fahrsäfigkeit erschossen worden. Dann verschwand Kampendahl aus der Gegend.

Einen zweiten Raubfall soll er an den Damen Pauline und Marie Wistow aus Wiesbaden, die in Suderode zur Kur weilten, begangen haben. Er begegnete den beiden Damen auf der Straße von Suderode nach Friedrichsbrunn, trat auf sie zu, lästerte den Hut und sagte: „Bitte, die Portemonnaie.“ Als diese ihm energisch verweigert wurden, hielt er die Schußwaffe auf die ältere Dame an, während die andere ihm in den Arm fiel und sagte: „Ach, machen Sie sich nicht unglücklich und stecken den Revolver ein, dann geben wir Ihnen etwas.“ Dieser Aufforderung leistete er Folge und erhielt 50 Pfennig, hierauf bat er um Verzeihung. Von hier aus will man die Angeklagte nach seiner Heimat Groß-Furra gewandert sein, wo seine Verhaftung am 15. August durch den Kriminalkommissar Bergen aus Magdeburg erfolgte.

Nach Feststellung dieses Tatbestandes wird in die Beweisnahme eingetreten, die das Vorstehende lediglich bestätigt. Der Vorsitzende stellt noch an den Leutnant Luther mit Rücksicht auf einige Zeitungsmitteilungen die Frage, ob er einen Selbstmordversuch unternommen habe. Luther erwiderte: „Dazu habe ich nicht die geringste Veranlassung. Die „Braunschweiger Neuesten Nachrichten“ haben auf meine Veranlassung diese Behauptungen zurückgenommen. Die Behauptung, es handle sich um ein „simuliertes Verbrechen“, wurde nicht zurückgenommen, ich habe deshalb Strafantrag gestellt.“ Der Gegenseiter L. hie bekundet, die Kagenstein-Augentropfen, nach welchen der Angeklagte den Leutnant Luther zuerst loden wollte, sei eine verurteilende Gegend. Wäre Luther an dieser Stelle ermordet worden, so hätte es, wenn auch nicht Jahre, so doch jedenfalls längere Zeit bedurft, ehe man seine Leiche gefunden haben würde. (Unhaltende große Bewegung im Zuschauerraum.)

Die den Geschwornen nach der Beweisnahme vorgelegten Schuldfragen lauteten auf versuchten Mord, versuchten Totschlag, auf versuchten Raub bei Anwendung von Waffen auf öffentlichen Wegen und auf räuberische Erpressung bei Anwendung von Waffen auf öffentlichen Wegen, sämtlich mit der Unterfrage nach milderen Umständen. Der Staatsanwalt wies in seinem Plädoyer zunächst auf die juristischen Momente hin und besprach dann die Verbrechen des Angeklagten gegen die Damen Wistow und auf Leutnant Luther, um dann für Bejahung der Schuldfragen auf versuchten Raubmord und räuberische Erpressung ohne mildere Umstände einzutreten.

Der Verteidiger hat zunächst um Verneinung sämtlicher Schuldfragen, da die Möglichkeit, daß der Angeklagte bei dem Raubfall auf Luther unter dem Einfluß einer plötzlichen Geistesänderung aus erblicher Belastung gehandelt habe, doch nicht ganz von der Hand zu weisen sei. Gegen die Damen Wistow habe Kampendahl nicht wie ein Räuber im eigentlichen Sinne gehandelt. Andersfalls käme Totschlagsversuch und Erpressung in Frage, wobei dem Angeklagten doch mit Rücksicht auf das vorher Angeführte die milderen Umstände nicht zu verweigern wären.

Nach der Rechtsbelehrung ziehen sich die Geschwornen zur Beratung zurück. Ihr Wahrspruch lautet kurz zusammengefaßt wie folgt: „Kampendahl ist schuldig des versuchten Raubmordes und der räuberischen Erpressung, im letztem Falle unter Annahme milderer Umstände.“ Der Vertreter der Anklagebehörde beantragt als Strafmaß 12 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrverlust und Zulässigkeit der Stellung unter Polizeiaufsicht, während der Verteidiger bittet, nicht über das ordentliche Strafmaß hinausgehen zu wollen, da einmal für Leutnant Luther kein bleibender Schaden entstanden sei und die Damen Wistow nur um 50 Pfennig geschädigt worden seien.

Der Angeklagte erklärt, er habe nur aus Verzweiflung gehandelt, da er krank gewesen sei. Nach kurzer Beratung verurteilt der Gerichtshof folgendes Urteil: „Der Angeklagte wird wegen versuchten Raubmordes und räuberischer Erpressung zu 12 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust und Zulässigkeit der Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt.“ Auf die Frage des Vorsitzenden, ob der Angeklagte sich bei dem Urteil beruhige und auf Einlegung von Rechtsmitteln verzichte, leistete erwiderte Kampendahl: „Ich verzichte nicht.“

Bermischte Nachrichten.

*** Philosoph und Fährmann.** Der englische Philosoph Beames letzte ein mal in einem Boot über einen Strom. Während der Ueberfahrt fragte er den Fährmann, ob er Arithmetik verstehe. — „Nein, davon hab ich noch nichts gehört“, lautete die Erwiderung. — „Das ist schade für Sie“, meinte Beames, „denn dann ist Ihnen ein Viertel Ihres Lebens verloren gegangen. Aber Sie verstehen wohl etwas Mathematik?“ — Der Fährmann bermeinte lachend. — „D, dann ist noch ein Viertel Ihres Lebens verloren gegangen. Aber etwas Arithmetik werden Sie doch sicherlich verstehe.“

sehen. **Nein? Nun, dann sind drei Viertel Ihres Lebens verloren.** In diesem Augenblick stieß das Boot gegen eine Klippe und begann zu sinken. Seinen Kopf abwerfend, fragte der Fährmann: „Können Sie schwimmen?“ — „Nein!“ rief Beames ängstlich. „Na, dann sehen Sie sich schnellig auf meinen Rücken, sonst sind alle vier Viertel Ihres Lebens verloren.“

*** Der königliche Kitter.** Am 24. Oktober veranstalteten die Sumeliere Gebrüder Leroy in Brüssel ein interessante Auktion. Die Pretiosen der verstorbenen belgischen Königin, welche die Prinzessin von Koburg von ihrer Mutter geerbt hatte, kommen dort unter den Hammer. Ein Katalog gibt genaue Auskunft über den Wert und die Herkunft jedes einzelnen Stückes; es befinden sich darunter Geschenke von Leopold selbst, ein Perlenkoller, das die Stadt Brüssel der Königin zur Silbernen Hochzeit geschenkt hatte, ferner Geschenke des österreichischen Kaisers usw. Die Prinzessin Louise ist bekanntlich nicht minder verschwendungssüchtig als ihr Vater, und auf Veranlassung der Gläubiger wird nun diese Auktion veranstaltet. Leopold und die Seinen tragen ihr möglichstes dazu bei, die Legende von dem Gottesgnadentum und dem Uebermenschenhum der Fürsten zu zerstören. —

*** Ein unterseeischer Vulkanaustruch** ist im Inselmeer der Südpol vor sich gegangen. Ein Hydrograph der britischen Admiralität, Kapitän Tizard, hat eine Zuschrift veröffentlicht, die mit Bezug auf dies Ereignis zur Warnung der Seelente erlassen worden ist. Das fragliche Gebiet liegt in der Nähe der Tonga- oder Freundschaftsinseln, und zwar im Südwesten der südlichsten Eilande dieser Gruppe, die Tongatabu und Eua heißen, und erstreckt sich von dieser nach der kleinen Inselgruppe Ma. Die erste Nachricht über die unterseeische Eruption gelangte am 29. Juli an das Gouvernment des Staates Viktoria, indem das Gouvernment der Tongainseln mitteilte, daß ungefähr 50 Kilometer südlich von Tongatabu ein Vulkanaustruch im Fortschritt begriffen sei. Borsäufig sind genauere Angaben über die Folgen dieses Vorgangs noch nicht gemacht worden, und man weiß nur, daß sich wahrscheinlich eine unterseeische Bank zwischen Tongatabu und Eua einerseits und der Kainel andererseits gebildet hat. Die etwaigen Veränderungen des Meeresbodens, die infolge der Eruption eingetreten sind, werden ohne Zweifel noch genauer studiert werden.

Bereine und Versammlungen.

Leberarbeiter. Die letzte Monatsversammlung der Zählstelle der Leberarbeiter Magdeburgs beschäftigte sich zum ein mal mit dem Thema der Entlassung in jüngster Zeit. Sie stellte sich auch jetzt wieder wie schon früher, auf den Standpunkt, daß es eine Ignorierung der tariflichen Vereinbarungen ist, wenn man Massenentlassungen vornimmt, ohne den Arbeiterauschutz zu hören. Mit einer Verfürgung der Arbeitszeit wäre allen geholfen gewesen. Ein scharfer Kritik und Verurteilung unterlag ein Fall, der sich in der Fabrik Jänecke, Neustadt, ereignete. Die Leberarbeiter Magdeburgs waren im vergangenen Jahre gezwungen, wegen der Verkürzung der Arbeitszeit 5 Wochen lang zu streiken. Die erzwungene Zeit wurde auf die Mittagspause gelegt. Und hier benutzte ein Arbeiter die ganze Mittagspause, um zu arbeiten. Das Mittagessen neben sich, arbeitete er die ganze Pause hindurch und nur zu dem ausgesprochenen Zweck, den Nachtag so schnell als möglich fertigzustellen. Das muß die übrigen Arbeiter schädigen. Aber sie vermuten sogar, daß dieser Arbeiter bloß ein Spielball ist in den Händen einer andern Person, die ihn benutzte, um die Preise für die Arbeit recht niedrig zu halten. Die Arbeiter werden aber zweifellos dafür sorgen, daß einem solchen Treiben ein Ziel gesetzt wird. Nachdem noch auf die Bedeutung der Gewerbegerichts-wahl hingewiesen worden war, erfolgte Schluß der Versammlung. —

Gingefand.

Für diese Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung

An die Handlungsgesellen Magdeburgs! In der Sonntagsnummer der „Volksstimme“ suchte die Ortsverwaltung des Zentralverbandes der Handlungsgesellen in klaren Worten die Notwendigkeit, bei den bevorstehenden Kaufmannsgerichtswahlen für die Kandidaten des Zentralverbandes einzutreten, vor Augen zu führen. Ein denkender Handlungsgeselle kann und darf sich nicht mit jenen Verbänden solidarisieren, deren Existenz und Tätigkeit darin besteht, der im Kampfe um ihre Rechte stehenden Arbeiterbewegung in den Rücken zu fallen, und die bestrebt sind, den heranwachsenden Stamm junger Kaufleute über den wahren Zweck der Organisations irrezuführen. Als feinerzeit die das Kaufmannsgerichtsgesetz vorbereitende Kommission beschloffen hatte, allen Handelsangestellten mit 21 Jahren das aktive und mit 25 Jahren das passive Wahlrecht zu geben, war es der Verband der Deutsch-Nationalen, der durch eine Eingabe an den Reichstag forderte, die Wahlaltergrenze vom 21. Jahre auf das 25. Lebensjahr hinaufzuschieben und das Gehilfenwahlrecht zu beseitigen. Sein händischer und bornierter Haß gegen die weiblichen Angestellten verleitet ihn zu diesem Schritte, der eine Entziehung der Handlungsgesellen bedeutet. Wo sind fortschrittliche Bestrebungen dieser Verbände, die sich mit wohlklingenden Namen schmücken? Aber da, wo es gilt, die Arbeiterbewegung verächtlich zu machen, da stehen sie sicher ihren Mann, da reden sie nur von Lumpenproletariern. Mit höhnischen Worten suchte der Führer der Magdeburger Deutsch-Nationalen die Mitglieder des Zentralverbandes in Hamburg verächtlich zu machen, die nach seiner Ansicht so wenig Stolz und Ehrgeschäft und Standesbewußtheit besäßen, einen gemeinschaftlichen Marzausflug mit den Transportarbeitern zu unternehmen. Wie mag sich im Kopfe jenes Herrn die Welt malen? Rücksichtslosigkeit, Intoleranz und

Standeshäutle sind die stärksten Seiten jener Seite, die nur der Lächerlichkeit denkender Menschen preisgegeben sind. Es gibt nur eine Devise: **Wählt die Kandidaten des Zentralverbandes!** Ein Handlungsgeselle.

Bereine-Kalender.

Gewerkschafts-Kalender Magdeburg. Donnerstag den 24. d. Mts., abends 8 ½ Uhr, Sitzung bei Nichteis. — **Groß-Ordnungsleben.** Männer-Gesangsverein. Dienstag abend pünktlich 8 Uhr Generalprobe zum Konzert bei Nichteis. 412 **Burg.** Frauen- und Mädchen-Bildungsverein. Jeden Dienstag nach dem 1. und 15. bei Jesse Versammlung. 878 **Burg.** Erster Burger Mundharmonikaclub Edelweiß. Jeden Mittwoch Uebungsstunde im Restaurant Zum Hagen. 867

Marktberichte.

Magdeburg, 19. Okt. (Kuntliche Notierungen.) Die Notierungen verstehen sich für 1000 Kilo netto ab Station und frei Magdeburg. Weizen englischer gut 215—221, do. Sommer-gut 215—221, mittel 203—213, do. Kolben Sommer-gut 224—229, Nauch-gut —, ausländischer gut 240—250. Roggen beständig, inländischer gut 207—212. — Erste hiesige Gebälgergerste gut 180—188, mittel —, feinste über Naich, hiesige Landgerste gut 175—180, hiesige Wintergerste —, ausländische Futtergerste gut 157—161. — Hafer inländischer gut 166—171, mittel —, — Mais um, runder gut 160—165, amerikanischer bunter — — — — — Erbsen hiesige Viktoria-gut —

Magdeburg, 19. Okt. Die heutigen Marktpreise waren: Erbsen, gelbe zum Kochen 18,00—22,00. Speisebohnen (weiße) 23,00 bis 40,00. Linsen 30,00—62,00. Erbsen 5,50—7,00. Mischstroh 5,50—6,50. Krummstroh 4,00—5,00. Heu 7,50—9,00. Alles für 100 Kilo. Rindfleisch im Großhandel 1,14—1,35, von der Keule 1,40—1,60, Bauchfleisch 1,20—1,40. Schweinefleisch 1,40 bis 1,70. Kalbfleisch 1,40—1,70. Hammelfleisch 1,30—1,60. Speck (geräuchert) 1,60—1,70. Eßbutter 2,50—2,80. Alles für 1 Kilo-gramm. Eier für 60 Stück 4,00—4,80. —

Wasserstände.

| + bedeutet über, — unter Null. | | 19. Okt. | | 20. Okt. | | 21. Okt. | |
|--------------------------------|-----------------|-----------------|-----------------|------------|------------|------------|------------|
| Sfer, Eger und Waldau. | | | | | | | |
| Jungbuslau | 18. Okt. + 0,03 | 19. Okt. — 0,06 | 20. Okt. — 0,09 | 21. Okt. — | 22. Okt. — | 23. Okt. — | 24. Okt. — |
| Bau | — 0,40 | — 0,41 | — 0,01 | — | — | — | — |
| Dubweis | — 0,10 | — 0,12 | 0,02 | — | — | — | — |
| Prag | — | — | — | — | — | — | — |
| Innsbruck und Saale. | | | | | | | |
| Straußfurt | 19. Okt. + 1,00 | 20. Okt. + 1,05 | — | 0,05 | — | — | — |
| Weißensfeld Untp. | — 0,18 | — 0,08 | — | 0,10 | — | — | — |
| Trotha | — | + 1,42 | — | — | — | — | — |
| Nieles | — | + 1,05 | — | — | — | — | — |
| Bernburg | + 0,70 | — | — | — | — | — | — |
| Salbe Oberpegel | + 1,40 | — | — | — | — | — | — |
| Salbe Unterpegel | + 0,18 | — | — | — | — | — | — |
| Elbe. | | | | | | | |
| Barndubitz | 18. Okt. — | 19. Okt. — | — | — | — | — | — |
| Brandis | — | — | — | — | — | — | — |
| Melnitz | — | — | — | — | — | — | — |
| Leitmeritz | — | — 0,54 | — | 0,02 | — | — | — |
| Auffig | 19. — | — 0,27 | 20. — | — | — | — | — |
| Dresden | — 1,63 | — 1,66 | 0,03 | — | — | — | — |
| Torgau | + 0,26 | — | — | — | — | — | — |
| Wittenberg | + 1,25 | — | — | — | — | — | — |
| Kochlau | + 0,67 | + 0,63 | 0,04 | — | — | — | — |
| Worbis | + 0,78 | + 0,75 | 0,03 | — | — | — | — |
| Schönebeck | + 0,58 | — | — | — | — | — | — |
| Magdeburg | 20. + 0,93 | 21. + 0,83 | 0,10 | — | — | — | — |
| Tangermünde | 19. + 1,32 | 20. — | — | — | — | — | — |
| Wittenberge | — | + 1,28 | + 1,30 | 0,02 | — | — | — |
| Broda-Dömitz | — | + 0,65 | + 0,88 | 0,03 | — | — | — |
| Lenzenburg | — | + 0,74 | + 0,74 | — | — | — | — |

Aus dem Geschäftsverkehr.

Unter dieser Rubrik kostet die Seite 50 Pfg.

Die Kinder gedeihen prächtig! Sterilisiert!

Kaisers Kindermehl Bestmöglichster Ersatz für Muttermilch. Kezglich erprobt. Verhältet und befeuchtet. **Verbrechensfall, Diarrhoe, Darmkatarch.** ¼-Pf.-Dose 55 Pfg., ½-Pf.-Dose 1,00 Mt., zu haben in den Apotheken, Drogerien und Kolonialwaren-Handlungen. 216

Ein Süßemittel, das durch 5245 not. begl. Zeugnisse als hilfebringend anerkannt ist. heißt **Kaisers Brust-Caramellen.** Kezglich erprobt u. empf. geg. Husten, Keiserkeit, Katarch, Verschleimung, Nagenkatarch, Krampf- und Keuchhusten. Paket 25 Pf. Dose 50 Pf. zu haben in den Apotheken, Drogerien und besten Kolonialwaren-Handlungen. (Wester feinschmeckender Malzextrakt.) 1431

Wenn Sie wüßten,

wie Sie sich und den Ihrigen täglich entgehen lassen, wenn Sie statt des echten „Kathreiner“ eine minderwertige Nachahmung oder irgendeinen anderen Malzkaffee trinken, Sie würden beim Einkauf Alles zurückweisen, das nicht die untrüglichen Kennzeichen des echten „Kathreiner“ aufweist: Geschlossenes Paket in der bekannten Ausstattung mit Bild und Namenszug des Pfarrers Kneipp und der Firma Kathreiners Malzkaffee-Fabriken. Jede Hausfrau, die den echten Kathreiner einmal kennt und seinen hohen Genusswert täglich aufs neue erprobt, will einfach keinen anderen Malzkaffee in ihrem Haushalt haben als nur den echten „Kathreiner“.

offizieren und fände ein Exemplar mit einem unbest. besetzenden Brief an den Polizeipräsidenten Grafen v. Lambdorsff. Die Broschüre war gezeichnet „Heinrich Heitkamp, der Unerschrockene im Kampf für die unglücklichen wehrlosen Opfer der Willkür.“

Die Broschüre war gezeichnet „Heinrich Heitkamp, der Unerschrockene im Kampf für die unglücklichen wehrlosen Opfer der Willkür.“

Die Broschüre war gezeichnet „Heinrich Heitkamp, der Unerschrockene im Kampf für die unglücklichen wehrlosen Opfer der Willkür.“

Städtische Unfallversicherung. Bei der Annahme des Entwurfs über die Verorgung der städtischen Beamten gegen die Folgen eines im Dienste erlittenen Unfalls eruchten die Stadtverordneten den Magistrat, der Versammlung eine gleiche Vorlage für die Angestellten (Mithbeamten), welche nicht gegen Betriebsunfälle versichert sind, zugehen zu lassen.

Die Vorlage des Magistrats sieht vor, daß auf die infolge eines Betriebsunfalls eintretende Rente ein Rechtsanspruch nicht gewährt werden soll, was sich schon aus dem Grunde empfiehlt, am nicht ein Nutzen der vom Staate gewährten Renten herbeizuführen.

Die nächste Stadtverordneten-Sitzung findet am Donnerstag den 24. Oktober, nachmittags 4 Uhr, im Altklöster Rathaus statt. Die öffentliche Tagesordnung umfaßt zwar nur elf Punkte, von denen aber der Bericht des Ausschusses über die Vorlagen, betreffend die Neuordnung der Straßenbahn-Linien längere Zeit in Anspruch nehmen wird.

Für Instandsetzung von Matrasen, Fußpolstern und zur Beschaffung von wollenen Decken für die Krankenanstalt Sudenburg wird aus laufenden Mitteln vom Magistrat neben der alljährlich zur Beschaffung stehenden Summe von 18 000 Mark noch die ausfallende Höhe Summe von 5700 Mark gefordert, da die letztere Summe sich als nicht zureichend erwiesen hat.

Der Ausstand der Modellisther bei der Firma Max Schmiedel dauert unverändert fort, da dieser Herr augenblicklich noch Verhandlungen mit der Verbandsleitung abschließt.

Schmiedel geändert hat. An diesem Vorhaben wird auch das Abergelinge Vorgehen der sofort in der Freien Straße erschienenen Schutzleute nicht ändern.

Ein heftiger Zusammenstoß zweier Straßenbahnwagen miteinander erfolgte am Sonntag 3 1/2 Uhr an der Turmchangenstraße (Friedrichsbad). Ein vom Rathaus kommender vollbesetzter Zug der Herrenten-Linie fuhr mit großer Kraft von hinten auf einen in gleicher Richtung fahrenden Anhängewagen der Friedrichstädter Linie.

Ein schrecklicher Unfall ereignete sich am Sonntag früh im Hause Breitenweg 52. Dort stürzte das Schulmädchen Grete F. H. F. in die Höhe gehoben. Die im Wagen befindlichen Fahrgäste konnten sich rechtzeitig durch Herauspringen in Sicherheit bringen.

Unfall. Durch das Ausfallen eines Stapels Eisenbahnwagen im Geschäft der Firma H. Friese u. Co., Königsborner Straße 19 verunglückte am Montag vormittag gegen 9 Uhr der Arbeiter Walter S. a. H. in der Nähe des Bahnhofs.

Verzweiflung eines Refruten. In der vorigen Woche versuchte ein Refrut des 74. Feldartillerie-Regiments in Wittenberg sich den Hals durchzuschneiden.

Die Museumsverträge. Die der Direktor des Kaiser-Friedrich-Museums, Dr. Theodor Kolbe, in seinem diesjährigen Jahresbericht, werden — im Gegensatz zu seinen früheren Berichten — ihre Illustrationsmaterial zum weitaus größten Teil aus den Kunstwerken unseres Museums nehmen und sonstige Kunstwerke nur zur Charakterisierung des eigenen Bestes heranziehen.

Wilhelm-Theater. Alma Saccar, der Gast des Wilhelm-Theaters, läßt eine große Anziehungskraft aus, ein Beweis, welcher großen Beliebtheit sich die Künstlerin hier bei uns erfreut.

Das letzte diesjährige Radrennen am den Abschließpreis hatte noch einmal ein lautenstimmiges Publikum nach dem Sportplatz an der Berliner Chaussee gelockt.

Kleine Chronik.

Von einem prinzipialen Auto überfahren. In der Nähe des Bahnhofs Tiergarten wurde am Freitag abend gegen 10 Uhr ein Radfahrer, der 43 Jahre alte Monteur Eduard Sandke von dem Automobil des Prinzen Eitel Friedrich überfahren und erheblich verletzt.

Begnadigt.

Der zweimal zum Tode verurteilte Mörder Teknow wurde zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe begnadigt.

Ein gepändertes Hochzeiter.

Daß ein Bräutigam nach der Trauung am eignen Weibe gepändert wurde — dieses Nonplusultra in der Geschichte der Eheskandale hat sich in der deutschen Reichshauptstadt abgepielt.

Ein unterirdischer See.

Ein unterirdischer See wird in Süddeutschland vermutet. Aus Stuttgart wird nämlich berichtet: In der Donauperleungstelle bei Feibingen soll sich ein großer unterirdischer See befinden.

Brudermord.

In Spornitz in Mecklenburg verlegte der 30jährige Erbpächter Johann Rogemann im Streit seinen 20jährigen Bruder tödlich und verübte darauf Selbstmord.

Wie ein Schriftsteller Material sammelt.

Mr. Upton Sinclair, dessen Buch „The Jungle“ die Aufdeckung der Fleischkonzerne in Chicago herbeiführte, hat, um sich das nötige Material für eine Schilderung der amerikanischen Millionenäre zu verschaffen, eine Stellung als „Butler“, eine Art Haushofmeister, im Hause der Mrs. Vandervilt zu sichern gesucht.

Zwanzig Arbeiterinnen ertrunken.

Wie aus Uleaborg gemeldet wird, kenterte auf der dortigen See ein von einem Dampfer geschlepptes Segelboot, in dem sich außer dem Besizer des Bootes 24 Arbeiterinnen befanden.

Ein grauenhaftes Verbrechen.

In dem Dorfe Belup bei Nancy tötete der zwanzigjährige Emile Chartier seinen Vater, seinen Stiefbruder und die im Hause beschäftigte Dienstmagd Emma Bourgeois.

Letzte Nachrichten.

Ab. Altona, 21. Oktober. Bei der gestrigen Nachmittagsvorstellung im Zirkus Klapprot brach eine Panik aus, als sich ein Bar von seinem Führer losriß und ins Publikum sprang.

Ab. Marbonne, 21. Oktober. Der sozialistische Abgeordnete J. Faures folgte gestern einer Einladung der französischen Section der internationalen Arbeiterpartei (sozialistische Partei), indem er in Marbonne in Gegenwart mehrerer Abgeordneten des Departements vor etwa 4000 Personen mit Vorbehalt des Bürgermeisters Dr. Fervou einen Vortrag hielt.

Ab. Rochem (Mosel), 21. Oktober. Im Sonnabend abend versuchte, wie der „Rochemer Anzeiger“ meldet, der Bürgermeister von Rochem-Land, Freiherr Reich von Freng, seine Frau zu erschließen und betrummelt sich selbst am linken Arme so schwer, daß dieser amputiert werden mußte.

Ab. Brüssel, 21. Oktober. Die Gemeinderatswahlen wurden gestern im ganzen Lande vollzogen. Bemerkenswert ist der vollständige Sieg des Liberalen Sozialistischen Parteien, besonders in Gille, Saint-Josse, Zette, Saint-Pierre, der Brüsseler Vorstadt Forest, Antwerpen, Soignies, Ath, Ninove, Biege und Huy.

Ab. Belgrad, 21. Oktober. Die Parteien der Opposition, Jungradikale, Nationalisten, Fortschrittler und ein Sozialdemokrat, einigten sich dahin, ein gemeinsames Manifest an das Volk zu richten mit einem Protest gegen die Vertagung der Stichwahlen und einer Darlegung der trüben Verhältnisse im Lande.

Wettervorhersage.

Dienstag, 22. Oktober: Teils heiter, teils neblig, ohne erhebliche Niederschläge; schwache Luftbewegung; Temperatur nicht erheblich geändert.

H. ESDERS & Co.
Magdeburg, Breiteweg 45-47.

| | | | | | | | | | | | | | | |
|----------------------|------|------|------|------|---------------------|------|------|------|------|------|-------------------------------|------|------|------|
| Bedruckte Lederhosen | 1.95 | 2.75 | 3.50 | 4.50 | Bl. Monteur-Jacken | 1.78 | 2.00 | 2.25 | 2.50 | 2.75 | Arbeits-Blusen | 1.90 | 2.75 | 2.90 |
| Zwirn-Sakkos | | | | 4.75 | Bl. Monteur-Hosen | 1.60 | 1.90 | 2.15 | 2.40 | 2.65 | Setzer- und Mechaniker-Kittel | | 2.75 | |
| Zwirn-Hosen | | 1.75 | 2.75 | 3.50 | Weißer Maurer-Hosen | | | 1.95 | 3.95 | | Fleischer-Jacken | | 3.50 | 4.00 |
| Manchester-Joppen | | | | 8.00 | Blaue Pilot-Jacken | | | 2.75 | 3.50 | | Koch- und Konditor-Jacken | | 3.25 | 3.75 |
| Manchester-Westen | | | | 2.50 | Blaue Pilot-Hosen | | | | 3.75 | | Koch-Hosen | | | 3.50 |
| Manchester-Hosen | 3.50 | 4.50 | 5.50 | 6.50 | Drell-Joppen | | 2.65 | 2.75 | 2.90 | | Friseur-Sakkos | | 2.90 | 3.50 |
| Samt-Westen | | | | 4.75 | Drell-Hosen | | 1.75 | 1.90 | 2.55 | 2.80 | Kellner-Sakkos | | 3.25 | 4.25 |
| Samt-Hosen | | | | 9.50 | Maler-Kittel | | 2.10 | 2.15 | 2.75 | 2.80 | Weißer Turner-Hosen | | 2.90 | 4.50 |
| Uniform-Hosen | | | 4.50 | 5.00 | Maler-Hosen | | | | 1.60 | | Schürzen | | 0.75 | 1.50 |

Morgen Dienstag

früh 10 Uhr

Eröffnung unsres Ladens

Wilhelmstadt

Ebendorfer Straße Nr. 4

Waren-Verein

Gesellschaft mit beschr. Haftung
Kolonialwaren-Großhandlung
 Zentrale und Hauptlager
 Kaiserstraße 46a, Ecke Moltkestraße.

1480

Für Brautpaare
 Empfehle komplette n. h. b.
 Wohnungs-Einrichtungen
 275 M., einzelne Erfah-
 runge spottbillig. — Kein
 Laden, nur Lager, daher so
 billig. 1480
**Rheil, Möbel- u. Schrein-
 fabrik**, Weimbergstr. 10

Alles raucht jetzt
Adler Turf
 447 Zigaretten!

**500 Fahrrad-
 Laternen**
 für Karbid,
 Del., Petro-
 leum- und Kerzenbeleuchtung aus-
 nahmsweise preiswert zu verkaufen
**Robert Bensch, Bretter-
 Weg 258, an der Moltkestr., und
 Johannisberg, gegenüb. d. Kirche.**

**Pfand-
 Versteigerung**
 Donnerstag den 24. ds. Mts.,
 vormittags 9 Uhr
 vom Monat Dezember 1906
 sub Nr. 10365-13804
 Erneuerungen nur bis Mittwoch
 nachmittags 2 Uhr.

Adolph Michaelis
 Ratswagenplatz 1.

E. Beck
 vorm. C. Heisinger
 Knochenhauerufer Nr. 56
 Spezialgeschäft
 für Bettfedern und Daunen, gross.
 Lager fertiger Betten, Inletts,
 Bezüge, fert. Wäsche, Bettfedern-
 Reinigungs-Anstalt. Vorzüglichste
 Einrichtung. 1314
 Mitglied des Rabatt-Sparvereins.

Kartoffeln
 prima Speiseware, vom Sandboden
Bahnhofstraße, Tor 6.
 Bestellungen nimmt entgegen
C. Steiner, Friesenstr. 14.

Vereins-Kaffee
 zu 1.20, 1.40, 1.60 1480
 3 edle Sorten.

Schulartitel empfiehlt die Buchhandlg. Volksstimme

Neu!
Sahne-Postkarten-Schokolade
 tadellose Qualität, pro Tafel 20 Pf.

:: Hustenstiller-Melange ::
 Bonbonmischung mit Althee, Eucalyptus, Malz, Honig, Anis, Pfeffer,
 Salmiak, Spitzwegerich, Zwiebel- u. Geschmack pro Pfund 90 Pf.
 Zu haben in sämtlichen Lagern des

Konsum-Verein Neustadt
 E. G. m. b. H. 1134

OTTO Lehmann Sudenburg
 Halberstädter Str. 112
 Spezialgeschäft für Wäsche
 empfiehlt 1221

doppelt gereinigte Bettfedern und Daunen sowie fertige Betten
Bettfedern-Reinigungsanstalt.



Wenn Sie Ihre Zigarren direkt
 aus der Fabrik beziehen, dann
 kaufen Sie gut und billig!
 Nr. 12 kräftig und Nr. 14 mittel
 garantiert rein 11 Stück 50 Pf.
 überreich bei

C. Fuhrmann
 Zigarrenfabrik, Buckau, Schönebecker Str. 18
 Von 100 Stück an Fabrikpreis. 1218

**Nähmaschinen-
 Reparaturen**
 in und außer dem Hause
 1029 billigt bei
R. Osterrath, Mehan.
 Magdeburg, Lüneburger Straße.

Wo gibt es die billigsten
Schuhwaren ??
 für Kurtzstr. 8 bei G. Conrad.

Eine Blüchgarnitur 65 M., ein
 Ausziehhühn 9 M., Bettsofa 26 M.,
 Kommode 15 M., Küchenschrank
 15 M., Rohrstühle à 3.50 M.,
 Gasherd (Weißflammling) 5 M. 721
Heier, Olbenstraße Str. 21.

Schuhwaren!
 531 Billig! Billig!
 Herren- u. Damenstiefel, Stiefe-
 letten, Turn-, Strand- u. Kinder-
 schuhe, Pantoffel, auch aus
 Sommerstoffen kann. Waren
 nur Neustadt, Schmidtstr. 44.

Gut erhalt. birkenne Möbel
 Blüchgarnitur, Schemel, Bettsofa,
 Kommode, Tisch, Stühle billig zu
 verkaufen. Schmidtstraße 48.

Gilliche Schuhwaren
Kleinfeld 960
 Soutas, Schönebecker Str. 98

Junge Mädchen für leichte Arbeit
 verlangt 717
Krysant, Zigarettenfabrik
 Magdeburger Str. 1.

Zigarren-Arbeiter!

Deutsche Handarbeit
 zu guten Löhnen ver-
 gibt sofort für
 Magdeburg u. Halle a. S.

Geitthob Nathusius
 Zigarren-Fabrik 1554

Magdeburg, Alt. Köhlerstr. 8-10
 Halle a. S., Mittelstraße 2.

Kranke *Gesund*

macht

Pfeil-Wringmaschinen
 sind die besten der Welt, weil die
 Güte und Stärke des Gummis sie vor
 allen anderen auszeichnet. Das dazu verwen-
 dete hervorragende Material ist auf das
 Sorgfältigste doppelt verzinkt und
 deshalb sicher gegen Rost geschützt.
A. ROSE, MAGDEBURG
 Gegründet 1865. Preisliste mit
 Abbildungen frei
 und unversent.
 Zwei-Gradige
 mit Verteiler an
 allen grösseren
 Plätzen.

1190

Speisekartoffeln **Planes- u. Kindergartenbe-**
 Bader, magna bona u. Res-
 sorten, vorzüglich hoch und gesund
 schmeckend, speziell billig
**E. Brandt, Köhlerstr. Ecke 8, Köhlerstr. 55, P. Marien-
 Barcken. Burgstr.**

Burg, Gr. Brahmstraße 1
 Bringt meine
Befehlantalt in empfehl.
 Erinnerung.
 1222 **W. Lillpek.**

Burg Gramophone, Phonographen
 Platten, Plattenkasten D.R.G.M.
 empfiehlt C. Dummer.

Burg Bestter Str. 22 **Burg**
 Jeden Mittwoch frische Würst.
 Sonnabend Knoblauchwürst.
 1224 **Ernst Giese.**

Burg. 1569
 Heute Dienstag
Schlachtfest.
 Nachmittags frische Würst.
Otto Masuhr, Oberstraße 43.

Keine Hebkartoffeln
 aus Sandboden 1564
Kapitanienstraße 44.

Keine Hausschlächter 1511
 Hermann Isensee junior
Barcken. Burgstr.

Hüte werden schief u. sauber garniert
 A. Klages, Schornhorststr. 11, H. 1.
 Heute sowie jeden Mittwoch
Schlachtfest. Morgenstr. 18.
 Ein Schiedelehrsting sofort ge-
 sucht. Wunsch, Obenriederstr. 26.

Städtisches Orchester

Fürstenhof
 Mittwoch den 23. Oktober 1907
 abends 8 Uhr
Grosses 1325

Volkskonzert.
 Leitung: Kgl. Kapellmeister
Joseph Krug-Waldsee.
Eintrittskarten
 im Vorverkauf 30 Pf.
 an der Abendkasse 40 Pf.
 Logen-, Balkon- u. num.
 Tischplätze 65 u. 55 Pf.
 abends 80 u. 65 Pf.

Wilhelm-Theater.
 Dienstag den 22. Oktober 1907
Die Fledermaus.

Buckau 1510
W. Brandts 60 jähriges
 Schuhwarenhaus 60 bestehen
 Dauerhafte starke Kinderstiefel
 zu Engros-Preisen.

Dunkle Bettstelle m. Matr. billig
 verkaufen. Fichtestraße 48, v. 1 F.
 Partstr. 7, v. III. möbl. Zimmer

Stadt-Theater.
 Dienstag den 22. Oktober
Guglielmo's Brautfahrt

Zentraltheater
 Direktion: Anton Lölgen.

Beispielloser Erfolg
 des neuen Spielplans!

Johnson und Dean
 d. berühmte Orig.-Mullatten-Du-

Les Niards
 Frankreichs beste Akrobatin
 in ihren phän. Leistungen

Die Kinder der Sonne
 grosser phantastischer
 Transformations-Gesangs-

Karl Maxstadt
 m. gänzl. neuem Repertoire

Leslie Brothers Australian
 Mus.-Excentric
 Urkomiker! Kal. Lacherfolg

Und die weiteren
glänzenden Spezialitäten
 Einlass 7 1/4 Uhr. Anfang 8 Uhr

Theaterkasse geöffnet von
 10 bis 1 und ab 5 Uhr.

Vorverkauf: Verkehrsbur-
 „Magdeb. Ztg.“, Breitenwe-
 „Gen.-Anz.“, Hasselbach-
 im Bier-Restaurant (Tun-
Konzert d. Wiener Solisten-Haus-
 Kapellmeister Konr. We-
 Anf. 6 Uhr. Eintritt frei
 Weis-Salon. American B.